

Siedlung und Wirtschaft

Zeitschrift für Wohn- und Siedlungswesen

Organ der Wohnungsfürsorgegesellschaften

Herausgegeben von
Justus von Gruner Wilhelm Schlemm Ferdinand Neumann

Verlag: „Die Grundstücks-Warte“, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 13

14. Jahrg.

September 1932

Heft 1

Dorf und Landstadt in der kommenden Siedlung

Von Wilhelm Schlemm, Königsberg.

Wenn wir Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens erörtern, begehen wir gar zu leicht den Fehler, daß wir sie zu sehr unter dem Gesichtswinkel betrachten, den uns unsere heutigen Industrielten und großstädtischen Sorgen aufzwingen. Wir denken an die gewaltige Arbeitslosigkeit, die das Dahinschwinden unserer Auslandsmärkte in besonderem Maße bei der industriellen Bevölkerung heraufbeschworen hat, an die große Gefahr, die die Zusammenballung dieser arbeitslosen Menschenmassen in den Industriezentren für das Volksganze bedeutet und bemühen uns, ihr durch die Schaffung von Siedlungen etwa in der Form der Selbstversorger-siedlung am Stadtrand zu begegnen. Oder aber das Problem der Umsiedlung mit allen seinen großen Schwierigkeiten steigt vor uns auf, und damit gewinnt auch die Siedlung bekommt unter solchen Umständen leicht den Charakter eines Sicherheitsventils, das man zu öffnen hat, wenn der Manometer Ueberdruck anzeigt.

Von einer solchen Anschauung werden wir uns lösen müssen, wenn wir die Siedlung ihrem wahren Werte nach erkennen und in unseren Wirtschaftsaufbau einfügen wollen. Die Siedlung darf uns nicht als ein in Gefahrenzeiten nach Bedarf anzuwendendes Sicherheits- und Heilmittel gelten, sie muß uns vielmehr bewußt werden als das, was sie ist, als eines der wichtigsten und grundlegendsten Mittel zum Auf- und Ausbau unserer Nation. Nur indem wir uns ihrer in diesem Sinne bedienen, werden wir in ihr alle jene gestaltenden Kräfte, auf die es ankommt. Der Gegensatz von Stadt und Land, von städtischer und ländlicher Siedlung, schwindet unter diesem Gesichtspunkte.

Alles formt sich zur organisch wachsenden Einheit. Wirkungen und Gegenwirkungen greifen folgerichtig ineinander. Das Hin- und Herfluten der Kräfte wird sinnvoll und gibt uns die Möglichkeit, ordnend und lenkend auf ihre weitere Entwicklung einzuwirken.

Angewendet auf die Verhältnisse unserer Tage, führt diese Einstellung zu der Forderung, daß man aufbauend die Siedlung zuerst da einhalten soll, wo es noch etwas aufzubauen gibt. Das Schrumpfen unserer auswärtigen Abgabgebiete, verbunden mit einer sehr weitgehenden Rationalisierung, hat nicht allein an den Orten der industriellen Erzeugung Arbeitskräfte freigelegt; sie hat gleichzeitig zu einer Abriegelung des Zustroms der überschüssigen Arbeitskräfte des flachen Landes geführt, um deren Unterbringung man sich bisher keine Sorge zu machen brauchte. Das flache Land aber krankt infolge der Entwicklung des landwirtschaftlichen Weltmarktes an einer Abnahmekrise, die besonders hart den Großgrundbesitz trifft und zwangsläufig einen Teil desselben zum Erliegen bringen muß. Hier ist Aufbau möglich. Land bietet sich dar zur Aufnahme von Menschen, und es kommt lediglich auf die Siedlungsform an, bis zu welchem Grade man die Menschenaufnahme steigern kann. Unter dem Einfluß der herrschenden Arbeitsnot gewinnen daneben Gedanken der Landverbesserung zur verstärkten Aufnahme von Arbeitslustigen und bisher wohl mehr als nötig abgelehnte Gedanken der Landgewinnung eine erhöhte Bedeutung. Die Möglichkeit, den natürlichen Bevölkerungsüberschuß unserer ländlichen Gebiete auf dem Lande selbst festzuhalten und damit den wertvollsten, weil zukunftsstärkenden Teil unserer Bevölkerung seiner Natur entsprechend unterzubringen, ist damit gegeben. Gleichzeitig ist damit der erste Schritt zur Behebung unserer augenblick-

lichen Schwierigkeiten im aufbauenden Sinne getan.

Das Ausmaß und die Bedeutung dieses ersten Schrittes wird meist sehr verkannt. Gar zu häufig hört man die Meinung aussprechen, daß es sich bei einem solchen Vorgehen schließlich doch nur um verhältnismäßig wenig Menschen handeln könne, denen man die Wohltat der Versorgung mit Arbeit durch Vergabe von Land verschaffen könne. Im höchsten Falle komme eine Bevölkerungsverdichtung auf etwa das Doppelte des bisherigen Zustandes heraus. Dies bedeute gegenüber den Millionen, die heute sehnüchlich auf Arbeit warten, wirklich nicht viel. — Man vergißt dabei, daß es sich bei diesen Siedlungsmaßnahmen lediglich um die Ansetzung derjenigen Kräfte handelt, die durch ihre Arbeit die

Grundlage für die Existenz weiterer Menschen

schaffen. Denn ebenso, wie eine Gütererzeugung nur denkbar ist, wenn die entsprechende Zahl von Abnehmern vorhanden ist, ebenso kann diese Abnahme nur erfolgen, wenn die Erzeuger gleichzeitig als Abnehmer der anderen Seite auftreten, d. h. jenen aus ihren Bedürfnissen heraus die Möglichkeit der Arbeit verschaffen. Es bilden sich also unabhängig von der sonstigen Wirtschaft, durch Angebot und Nachfrage miteinander verbunden und gegenseitig geführt, bereits durch jene ersten Siedlungsmaßnahmen kleine Wirtschaftskreise, deren Bevölkerung schon ein gutes Stück über den Rahmen der eigentlichen bodennutzenden Produzenten hinausgreift. Mit rein landwirtschaftlicher Siedlung allein wird man allerdings nicht zu derartigen Ergebnissen kommen können. Man wird zur ausgesprochenen

Dorfsiedlung

übergehen müssen, und dies noch entschiedener, als es in seinen bescheidenen Anfängen heute schon hier und dort geschieht. Die Aufgabe der Siedlung besteht hierbei darin, nicht etwa etwas Fertiges und Unwandelbares zu schaffen, sondern die Grundlage für lebensfähige Dorfwirtschaften so vorzubereiten, daß die wichtigsten Voraussetzungen für eine gesunde Weiterentwicklung von vornherein gegeben sind.

Auch unsere alten Dörfer haben ihr fertiges Gesicht erst ganz allmählich erhalten. Wie aber jene alten Dörfer aus ihrer gesunden inneren Kraft heraus allerlei gewerbliche und handwerkliche, bisher nur stadtgebundene Betriebe an sich zu locken verstanden, so bietet sich auch in unserem Falle der Siedlung die erste Möglichkeit, über den engeren Rahmen der eigentlichen Landbevölkerung hinauszugreifen und einen und den anderen der von den Städten freigelegten Handwerker und Gewerbetreibenden aufzunehmen. — Eine,

wenn auch bescheidene, aber sachlich gut begründete Umsiedlung ist hiermit eingeleitet.

Der Schritt zur Erweiterung des dörflichen Rahmens über den rein bäuerlichen Bestand hinaus, für dessen Berechtigung die vorhandenen alten Dörfer genügend Beweis sind, läßt sich bei Dorfneugründungen um so sicherer durchführen, weil man es in der Hand hat, den anzusehenden Handwerker und Gewerbetreibenden oder auch Arbeiter durch die Vergabe einer genügend großen Landfläche krisenfester zu machen. Der Gedanke der Nebenerwerbsiedlung findet nirgends bessere Möglichkeiten als gerade hier. Die Auswertung dieser Möglichkeiten aber ist Aufgabe der Siedlung, bei der es grundsätzlich immer um die Schaffung neuer Lebensplätze auf gleicher oder erweiterter Fläche geht, also um Bevölkerungsverdichtung.

Ganz gewiß würde man auf den ange deuteten Wegen noch sicherer und erfolgreicher vorgehen können, wenn die Arbeit durch die Beschaffung übergemeindlicher Planungsunterlagen sachgemäß vorbereitet würde. Die Forderung nach einer, diese Fragen klärenden Landesplanung in den für die Siedlung in Frage kommenden Gebieten wird daher niemals verstummen. Gerade bei einem Vorgehen, wie es hier angedeutet wurde, wird man aber am wenigsten Gefahr laufen, etwas den Forderungen des planmäßigen Aufbaus eines Gebiets zuwiderlaufendes zu unternehmen, weil die Dorfgründung ebenso wie die Familiengründung die Schaffung der kleinsten Lebenszellen eines Volkes bedeutet und weil die Verhältnisse hierbei durchaus übersehbar bleiben. Die richtige Eingliederung in das Bestehende wird sich bei einiger Sorgfalt immer erreichen lassen. Auch ein gewisser künftiger Aufbau wird berücksichtigt und vorbereitet werden können.

Bei unseren Ueberlegungen, wie man die gegenwärtige Lage am besten meistern kann, übersehen wir nun sehr leicht, — besonders wenn wir sie gar zu sehr aus der östlichen Perspektive betrachten, — daß es auch heute noch selbst in unserem Vaterlande Gebiete gibt, denen die ausgesprochene Not unserer Tage noch verhältnismäßig wenig hat anhaften können. Es sind dies jene Gebiete, in denen Erzeugung und Verbrauch gut aufeinander eingepaßt sind und als in sich ausgeglichen angesehen werden können, gewisse süddeutsche Gebiete vor allen Dingen. Wir übersehen aber auch, daß selbst in den als ausgesprochene Versorgergebiete anderer Landesteile geltenden und daher nicht so ausgeglichenen Landschaften ähnlich günstige Verhältnisse oft da vorliegen, wo die Beziehungen von Stadt und Land durch das Vorhandensein eines auf bäuerliche Wirtschaft abgestellten Umrings besonders lebendig wird. Hier sehen wir schon seit einigen Jahrzehnten Entwicklungen sich vollziehen, die als eine

immer innigere Verschmelzung der beiderseitigen Wirtschaftsinteressen angesehen werden müssen. Die Stadt wächst allmählich hinaus auf das Land. Die Grenze verwischt sich; das Land hingegen sieht in der Stadt seinen natürlichen Mittelpunkt. Die Marktbeziehungen werden gepflegt, ohne daß erst der den Gewinn verringernde Zwischenhandel in Wirksamkeit treten muß. Soweit es sich aber um Waren handelt, die ihrer Güte nach für die Beschädigung weiterer Märkte in Frage kommen, schaltet sich die Stadt selbst als die Händlerin ein, wird erster Stapelplatz, ja kann unter Umständen sogar für die erste und weitere Verarbeitung der Rohprodukte in Frage kommen, also eine gewisse industrielle Betätigung entwickeln.

Welche Bedeutung unter solchen Umständen die Siedlung bekommen kann, zeigt recht eindringlich ein erst kürzlich genauer untersuchtes Beispiel, die an der Grenze des polnischen Korridors gelegene jetzt ostpreussische Grenzstadt **Ot. Eylau**.*) Durch die Bestimmungen des Vertrages von Versailles wurde sie wichtiger Teile ihres Hinterlandes beraubt und verlor gleichzeitig ihre recht ansehnliche Garnison. Diese schweren Verluste konnten durch die Ansetzung von etwa 650 Siedlern, — bei einem Haushaltsdurchschnitt von 4½ Personen also rd. 2900 Menschen — innerhalb des wirtschaftlichen Einflußgebiets der Stadt nicht nur ausgeglichen werden, man spricht heute geradezu von einem wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt, verursacht durch die rege Siedlungstätigkeit in ihrer Umgebung. Den Bevölkerungsanstieg des Hinterlandes wird man nach den vorliegenden Erfahrungssätzen nur mit etwa der Hälfte der angelegten Personen bewerten können. Die städtische Bevölkerung hingegen stieg seit Kriegsende um rd. 3000 Einwohner, d. h. etwa ¼ ihrer Größe. Ot. Eylau wurde eine Stadt von 12500 Einwohnern. Es bestätigt sich also hier der Satz, daß zu jedem Produzenten etwa 2 in anderen Berufen Tätige zu rechnen sind. Die Aufgabe der Verhärterung der Produktion fiel in diesem Falle der Siedlung zu.

In den Beziehungen zwischen der Kleinstadt und dem bäuerlich besiedelten Lande erkennen wir also einen zweiten schon etwas größeren Wirtschaftskreis, in dem die Siedlung eine aufbauende Rolle spielen kann. Trotzdem verschiebt sich in unserer Einstellung zum Gesamtproblem einiges.

Man könnte sich vorstellen, daß man unter Berücksichtigung der vorhandenen Marktbeziehungen auf eine möglichst weitgehende Arbeitsteilung hinstrebt, d. h. bemüht ist, das Land lebhaft mit Bauern zu besetzen, den städtischen Raum hin-

gegen den Verbrauchern zuzuweisen, den Wertern der ländlichen Erzeugnisse durch Verzeehr, Verarbeitung oder Vertrieb. Man würde damit ungefähr dem Zustande zusteuern, der bei uns im Jahrhundert des 30jährigen Krieges bestand, wo Bürger und Bauer sich durch soziale und räumliche Gegensätze scharf unterschieden, beinahe feindlich gegenüberstanden. Wohin damals die Ueberespigung jener Gegensätze führte, die den Bauern in seiner Abgeschlossenheit zum „tumben Bauern“ stempelte, ist bekannt. Wir erleben ein Gleiches heute, wo uns die scharfe Gegensätzlichkeit von Industrie und Landwirtschaft die schwersten Sorgen bereitet. Auf Grund dieser Erfahrungen wird man zu vermeiden suchen, diese Gegensätze noch zu unterstreichen; im Gegenteil wird man bemüht bleiben, sie durch eine wohlgeordnete Stadtländschaft zu überbrücken, um damit einer neuen Stadtländskultur die Wege zu bereiten. Die trennenden Mauern unserer Städte bestehen nun einmal nicht mehr. Die Stadt unserer Tage ist ein allseitig offenes Wirtschaftsgebilde, das mit aller Kraft in den umgebenden Wirtschaftsraum hineinzuwachsen will, ja am liebsten eine enge Verschmelzung mit ihm eingehen möchte. Was dies Streben auch oft genug falsche Wege gegangen sein, wie sie etwa mit der Auflösung der Umgebung durch städtische Eingemeindung vielfach verfolgt sind, die Verschmelzung von Stadt und Land bleibt eine Wirtschaftsnotwendigkeit, an der wir heute nicht vorüber können.

Der gleiche Wille beherrscht aber auch das flache Land. Die Zeit der Eigenwirtschaft des Bauern, die solche Gegensätze begünstigen konnte, kehrt gewiß nicht wieder. Auch die Bauernwirtschaft ist ein Unternehmen geworden, das der Verbundenheit mit vielen anderen Berufen und dem größeren Berufskreis der benachbarten Stadt nicht mehr entraten kann. Sie braucht Abgabebiete und sucht den Markt, wobei ihr der nahe Markt, der ohne Einschlebung von Zwischengliedern erreicht werden kann, besonders wertvoll ist. Die Veredelungswirtschaft, der gerade das kleinbäuerliche Unternehmen zutreiben muß, verlangt Absatz und angemessene Preise. Beides ist gleichfalls nur durch gute Marktbeziehungen zu erreichen. Bei alledem spielt die Landstadt, auf die unsere Zeit nur zu gern etwas verächtlich herab sah, eine wichtige Rolle.

Auch bei den Beziehungen zwischen der Landstadt und ihrer ländlichen Umgebung strebt die Entwicklung auf die Schaffung von Wirtschaftskreisen hin, die sich soweit im Gleichgewicht befinden, daß sie durch Ereignisse von außen so wenig wie möglich gestört werden.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß selbst

*) Vergl. Odo Wisk, Stadt und Siedlung, dargestellt an dem Beispiel der Stadt Ot. Eylau in Ostpr., Heft 2 d. Siedlungs- u. Wohnungswesen, hg. v. Min.-Dir. E. Bollert, Berl. A. Müller m. b. H., Oberswalde-Berlin.

in unserer heutigen Wirtschaft verschiedentlich in den

Beziehungen von Stadt und Land

nach Verhältnisse bestehen, die man als ausgleichlichen bezeichnen kann. Soweit die östlichen Siedlungsgebiete in Frage kommen, besitzen derartige Stellen aber wenig Auftrieb. Bei der einseitigen landwirtschaftlichen Produktionsgrundlage, auf der sie sich aufbauen, ist dies nicht weiter verwunderlich. Das Nächstliegende, um sie aus ihrer Stillstandslage zu befreien, wäre die Verbreiterung dieser Produktionsgrundlage durch Veredelungswirtschaft und Ausbau der in Verbindung damit möglichen gewerblichen und industriellen Betriebe. Eine wesentliche Förderung aber wird dies Bemühen erfahren, wenn Siedlungsland vorhanden ist. Wo die erstrebte Ausgeglichenheit zwischen Stadt und Land infolge der Entwicklung des vergangenen Jahrhunderts aber gestört ist, wird es kaum ein anderes wirksames Mittel geben, das Gleichgewicht wieder herzustellen, als die Siedlung.

Das gestörte Gleichgewicht drückt sich heute am sichtbarsten in der Zahl der städtischen Erwerbslosen aus. Eine der ersten Aufgaben ist es daher, deren Zahl zu beseitigen. Will man dieses Ziel so schnell wie möglich erreichen, so wird man sich mit dem Gedanken der Arbeitsfredung befassen. Die Siedlung an der Stadtgrenze ist dann das Mittel, das sich uns anbietet, um den erforderlichen Ausgleich zu schaffen. Im Bereich der kleineren Städte ist dies Mittel nicht unbekannt. Den Weg zur Siedlung vor den Toren der Stadt sind vielmehr vorher schon zahlreiche Einwohner gegangen. Die Entfernung von der Arbeitsstätte wurde niemals zu weit. Aber man war in vieler Beziehung unabhängiger von der Umwelt und in Krisenzeiten wesentlich besser gestellt als der Bewohner des städtischen Weichbildes, weil man sich aus dem eigenen Garten und einem etwa dazu gehörenden Landstück zur Not eine Zeitlang selbst versorgen konnte. Fahrradentfernungen von $\frac{1}{2}$ Stunde wurden dabei noch nicht als lästig empfunden. Wählt man also zur Arbeitsfredung die Kurzarbeiterfiedlung als ein erstes Mittel, so tut man damit eigentlich nichts Neues. Unsere augenblickliche Lage kommt uns vielmehr weitgehend entgegen, insbesondere auch deshalb, weil in dem verhältnismäßig kleinen Bereich einer Stadt die Dinge überschaubar bleiben und auch darauf gehalten werden kann, daß die beabsichtigte Arbeitsfredung sich auswirkt. Die der Stadtrandfiedlung in den Großstädten anhaftenden Mängel lassen sich hier vermeiden. Sie lassen sich hier auch sonst mindern, weil der Landpreis nicht die Rolle spielt wie dort, man also von vornherein in der Lage ist, den Siedlern eine größere, die Selbstversorgung besser verhängende Landzulage zu gewähren.

Nun darf man aber nicht folgern, daß mit der Kurzarbeiterfiedlung bereits allen bestehenden Schwierigkeiten begegnet sei. Den am Stadtrand angelegten Siedler dauernd auf Halbsold zu setzen ist kein endgültiges Ziel. Erreicht wurde mit unseren Maßnahmen zunächst nur eine Sicherung für Krisenzeiten, die bisher fehlte. Damit darf dem Siedler die Möglichkeit, zu normalen Zeiten wieder voll und ganz in seinem erlernten Berufe aufzugehen, nicht verstellt werden. Unverändert bleibt also die Aufgabe bestehen, die Basis auf der Erzeugerseite zu verbreitern, dort und damit auch auf der Gegenseite die Arbeitsmöglichkeiten zu vermehren.

Im Spiel und Gegenspiel der Kräfte, die zwischen Stadt und Land schwingen, kommt uns dabei der Umstand zugute, daß die Rentabilität der Landwirtschaft mit steigender Nähe zu ihren Märkten sehr stark zunimmt. Der Anbau von Waren, die ihrer Natur nach größerer Pflege bedürfen oder weitere Transporte nicht gut vertragen, wird günstiger. Der örtliche Markt läßt sich auch sonst gut mit allem verjahren, was die Landwirtschaft hervorbringt, ohne daß hohe Frachtkosten entstehen. Weitergehend findet ein unmittelbarer Austausch der Erzeugnisse zwischen Erzeugern und Verbrauchern statt. Alles dies verbessert die Gewinnmöglichkeiten. Der Umring um die Stadt, auf dem diese günstigen Verhältnisse eine verstärkte Bodennutzung zulassen, verdient aus diesen Gründen im Rahmen unserer fiedlungswirtschaftlichen Überlegungen eine besondere Beachtung. Es ist das bevorzugte Gebiet kleinerer Siedlerwirtschaften mit Gartenbau, Gemüse- und Kleintierhaltung, Eierzeugung und ähnlichem, die sich nur leicht noch auf ihre landwirtschaftliche Grundlage stützen, gleichzeitig aber auch aller derer, die mit ihrem Berufe nicht zwingend an die Stadt gebunden sind und die gesunde Verbindung mit der eigenen Scholle nicht entbehren wollen. Die Vorteile der Stadt als Arbeitsplatz gehen ihnen nicht verloren, das Land als Auftragsgeber liegt vor der Tür; das ist eine günstige Grundlage für gewisse Handwerkergruppen, z. B. alle Arten von Bauhandwerkern, wie für allerlei Gewerbetreibende, insbesondere solche, die als Vermittler des Warenaustauschs in der Richtung der kleineren und auch großen Märkte wichtig sind: Fuhrhalter für die Anfuhr von Holz, Ziegeln, Riesen, Steinen, Aufkäufer, Viehhändler usw. — Die Siedlung, die diesen Dingen Rechnung tragen will, tut gut, sich die Struktur unserer Stadtnähen Dörfer recht gründlich anzusehen. Die letzten Jahrzehnte haben sie mehr verwandelt, als der oberflächliche Betrachter annimmt, gerade in der Nachbarschaft kleinerer Städte haben sie oft geradezu den Charakter von kleinen Vororten angenommen. Die Siedlung hat aber auch allen Grund, sich dieser Gebiete ganz besonders anzunehmen.

men, denn nirgends besser als hier findet sie Gelegenheit, die Brücke von der Stadt zum Lande zu schlagen, eine größere Zahl von Menschen gesund für die Dauer auf eigener Scholle anzusehen, die Produktionsbasis zu erweitern und für das Gedeihen der kleinen Städte günstige Vorbedingungen zu schaffen.

Der weitere Umring der Städte leitet hinüber zu den Gebieten der eigentlichen Landwirtschaft, die um je größere Bedeutung für die Landstadt haben, je mehr sie mit Bauernwirtschaften durchsetzt sind. Großbetriebe suchen die großen Märkte, fallen also für den Wirtschaftsraum einer Landstadt aus.

Die Siedlung, die sich über ihre Aufgabe klar ist und weiß, welche Wirkungen sie zu erzielen vermag, hat hier ihre ganz großen Möglichkeiten. Indem sie die beschneiden, aber vom Weltgeschehen doch recht unabhängigen Wirtschaftskreise

Dorf und Stadt mit neuer innerer Spannung läßt, schafft sie unabhängig von allem sonstigen Geschehen Arbeitsplatz auf Arbeitsplatz für unsere nach Betätigung strebende Bevölkerung. Mit jedem neuen Arbeitsplatz aber wächst der Bedarf nicht nur an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sondern ebenso an den Erzeugnissen jeglichen Gewerbefleißes. Damit aber wird sie zur Wegbereiterin einer gewissen industriellen Entwicklung selbst in heute noch industriearmen Gebieten und bietet nunmehr denen Raum, die die Schrumpfung unserer Weltindustrie brotlos gemacht hat, nachdem sie vorher durch ihre Blüte heimatlos geworden waren.

Der Weg der Siedlung zeichnet sich hiermit klar als ein Weg des Aufbaus von unten, bei dem Dorf und Stadt sich als die wichtigsten Bausteine erweisen.

Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk

Bearbeitet und herausgegeben von der

Landesplanung Merseburg

unter Mitarbeit des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen, der Landesplanungen Magdeburg, Weiskirchen-Leipzig, Osthüringen, der Städte Dessau, Halle, Leipzig, Magdeburg, der Stadt- und Landkreise und der Wirtschaftsförperschaften des Reg.-Bez. Merseburg und des Landes Anhalt.

Daß man aus den durch die Weltwirtschaftskrise entstandenen Nöten, unter denen das Deutsche Reich ganz besonders leidet, nicht mehr herausfinden wird, wenn man die weitere Entwicklung dem sogenannten freien Spiel der Kräfte überläßt, wird heute von keiner Seite mehr bestritten. Es bedarf schneller grundlegender Maßnahmen, die über das Einzelinteresse eines Unternehmers, einer Werkgemeinschaft, eines Trusts, einer Gemeinde, weit hinausgreifen. Die Forderung nach einem planwirtschaftlichen Vorgehen, geleitet nach Gesichtspunkten, die das Vorwärtkommen aller bezwecken, will daher nicht mehr verstummen. Wir werden uns in verschiedener Beziehung innerhalb unserer Grenzen anders einrichten müssen. Menschenmassen, die heute zum dauernden Feiern gezwungen sind, müssen umgruppiert werden, um bessere Lebensbedingungen zu erhalten. Unserer landwirtschaftlichen Erzeugung müssen die notwendigen Absatzmärkte im Binnenlande wie jenseits der Grenzen zugeföhrt und gesichert werden. Umstellungen in unserer industriellen Erzeugung sind unvermeidlich, und auch für sie wird ein Markt zu schaffen sein, der ihre Existenz verbürgt. Diese notwendigen Maßnahmen verlangen für ihre Vorbereitung und Durchführung eine genaue Kenntniss der im Lande selbst vorhandenen Möglichkeiten, ein planmäßiges Vorgehen bei ihrer Auswertung und verbunden damit eine sorgfältige

Überholung unseres Verkehrssystems, kurz, ein systematisches Vorgehen, dessen einzelne Maßnahmen wir unter dem Sammelbegriff „Landesplanung“ zusammenfassen.

Es ist bekannt, daß derartige Maßnahmen für verschiedene Gebiete innerhalb unserer Reichsgrenzen bereits im Gange sind. Doch wissen wir auch, daß die dort geleistete Arbeit, so bedeutungsvoll sie im einzelnen sein mag, nur als Teillösung angesehen werden kann. Die in der Landesplanung arbeitenden Kräfte fordern deshalb immer dringender zur Durchführung ihrer Aufgaben, daß für das ganze Reichsgebiet zunächst einmal ein Generalwirtschaftsplan aufgestellt werde. Nur so scheint es ihnen möglich, alle im Lande schlummernden Kräfte zu mobilisieren und einen ausgeglichenen, das Volksganze in allen seinen Teilen gesund erhaltenden mitteleuropäischen Wirtschaftsraum zu schaffen.

In einem Augenblicke, wo ein derartiges Vorgehen aus der verschiedensten Einstellung heraus immer lebhafter gefordert wird, ist das Erscheinen eines Werkes, das die Arbeitsweise eines Landesplanungsverbandes und ihre bisherigen Ergebnisse vor uns ausbreitet, ein Ereignis von ganz außerordentlicher Bedeutung. Vor uns liegt das Kartenwerk „Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk, ihre Grundlagen, Aufgaben und Er-

ge n i s s e". Ihm soll demnächst noch ein besonderer Text anfolgen. Dieses Werk hat einen Anspruch darauf, daß es alle, die im deutschen Wirtschaftsleben aufbauend mitarbeiten, einer gründlichen Durchsicht unterziehen. Es wird über Zweck und Ziel der Landesplanung die sehr notwendige Klarheit verbreiten, es wird selbst dem Mißtrauischen zeigen, daß man Größeres und der Allgemeinheit Dienstlicheres erreichen kann, wenn man die Zusammenarbeit über die unmittelbaren Grenzen des eigenen Wirtschaftsbereichs hinaus anstrebt.

Der mitteldeutsche Industriebezirk umfaßt den preußischen Regierungsbezirk Merseburg und den Freistaat Sachsen-Anhalt. Die in dem Kartenwerk niedergelegten Untersuchungen greifen aber über dieses Gebiet weit hinaus und umfassen einen Wirtschaftsraum, der im Norden etwa von der Linie bejehnet wird, die die Städte Hannover, Berlin und Frankfurt a. Oder miteinander verbindet. Im Westen bildet die Weiser die Grenze, nach Süden reicht sie fast bis an die Mainlinie heran, während sie nach Osten hin noch das Gebiet des Freistaats Sachsen sowie die Provinz Brandenburg in ihren Bereich einbezieht. Die Untersuchungen dieses Gebiets nach seinen politischen, klimatischen, bodenstrukturellen, land- und wasserwirtschaftlichen, wirtschafts-, verkehrs- und bevölkerungspolitischen Gegebenheiten umfassen nicht weniger als 18 Karten, unter denen als Karte von besonderem Interesse für die der Planung erwerbenden Aufgaben die Darstellung des Bevölkerungsstandes 1905 und 1925 herausgegriffen sei. Sie zeigt deutlich das Absterben gewisser Industrien (Textilindustrie, Wahnsberger Kupferbergbau, Freiburg i. Sachsen, Kaligebiet am Nordharz usw.), und ebenso die langsame Entvölkerung von Gebieten, die für großlandwirtschaftliche Betriebe besonders günstig sind (Magdeburger Börde). Ihnen steht gegenüber das starke Ansteigen der Bevölkerung in den und um die Zentren aufblühender Industrie, wovon gerade das engere mitteldeutsche Industriegebiet besonders betroffen ist. Auch auf den Verkehrstypen fällt dieses Gebiet als besonders verkehrsbelastet heraus. Der Knoten, der sich um das Dreieck Leipzig-Halle-Weißensels schürt, ist kaum zu übertreffen.

Nach der Klärung dieser allgemeinen Grundlagen und Zusammenhänge mit der Nachbarschaft beschäftigt sich eine Reihe weiterer Karten namentlich eingehend mit der Planung des eigentlichen Wirkungsbereichs der Landesplanung Merseburg. Die Reihenfolge beginnt systematisch mit einer Standortkarte der Industrie und des Bergbaus, der nochmals eine nunmehr spezielle Karte der Bevölkerungsentwicklung in den Jahren 1905 bis 1925 gegenübergestellt wird. Die Entwicklung ist verfolgt bis in das kleinste Dorf und zeigt sehr eindrucksvoll die in diesem Zeitraum eingetretenen Veränderungen. Man kann kaum besser

zeigen, wie zum Beispiel der Braunkohlenbergbau in Bitterfeld, das Aufleben der Chemischen Industrie in Leuna die Umgegend weit hin beeinflusst haben. Es wird ohne weiteres deutlich, daß hier Störungen eintreten mußten, wenn die Verkehrsentwicklung, das Wohnungsweisen usw. mit ihnen nicht Schritt zu halten vermochte. Noch deutlicher werden diese Schwierigkeiten bei dem dritten Blatte, das den täglichen Pendelverkehr von den Wohnstätten zu den einzelnen Arbeitsstellen darstellt. Es zeigt zwar die Freizügigkeit der Arbeit, die unsere heutigen Verkehrsmittel zulassen, gleichzeitig aber die außerordentlichen Belastungen, die den vorhandenen Verkehrsmitteln zu gewissen Tageszeiten zugemutet werden und wegen notwendiger den Wunsch, hier regelnd und ordnend einzugreifen. So sehen wir folgerichtig ein besonderes Blatt der Regelung der Verkehrsfragen gewidmet, ein anderes Blatt der richtigen Verteilung der Gewerbe, Wohn- und Grünflächen unter Berücksichtigung der Stundenentfernungen von dem wichtigeren Gewerbeorten. Eine Karte der Ueberlandleitungen von Gas und Elektrizität schließt diesen wichtigen Abschnitt ab.

Den letzten Abschnitt bilden einige Beispiele für die Wirtschaftsplanung in den wichtigeren Gewerbeorten, die sachlich weniger bedeutsam wären, wenn sie nicht in diesem Zusammenhange sinngemäß als die praktische Anwendung des aus den bisherigen Untersuchungen gewonnenen Materials anzusehen wären. Die Planung greift vielfach über die Gemeindegrenzen hinaus. Damit erhebt sie sich sichtlich über das, was man sonst an gemeindlichen Wirtschaftsplänen zu sehen gewohnt ist. Für den Städtebau, der für die gesunde bauliche Entwicklung dieser Städte die Verantwortung trägt, ist damit in vorbildlicher Weise der Boden bereitet.

Die beispielhafte Wirkung des ganzen Werkes wird dadurch unterstrichen, daß es sich bei den Planungsfragen nicht einseitig um die Lösung von Industrie-problemen handelt, sondern daß überall ebenso Fragen der Landwirtschaft angeknüpft werden müssen, die gerade heute, wo auch der mitteldeutsche Rübenbau besondere Erschütterungen durchmacht, stark im Vordergrund stehen. Die Landesplanung des mitteldeutschen Industriebezirks besteht erst wenige Jahre. Es ist ein kaumenswert reichhaltiges und abgerundetes Material, das sich vor uns ausbreitet. Es ist mehr als dies, es überzeugt wegen der Systematik, mit welcher hier vorgegangen wurde und mit welcher hier ein Werk geschaffen wurde, das in vieler Beziehung dauernden Wert haben wird. Mag die Planung in der Zukunft, so vorsichtig sie begonnen ist, — sie rechnet nur mit einem Zeitraum von 30 Jahren — durch kommende Entwicklungen geändert, umgestoßen werden, immer wieder wird man auf die Grundlagen zurückgreifen müssen, die erstmalig hier zusammengetragen sind und wird

die notwendigen Maßnahmen sicherer treffen können als bisher.

Die textlichen Ausführungen, die noch folgen sollen, werden das Stadium der Karten sicher vertiefen. Wünschen aber möchte man, daß die Herausgabe dieses Wertes nicht etwa anzusehen ist als der Abschluß einer Arbeit, die nunmehr, nach-

dem sie zu Papier gebracht ist, aufhört. Die Planung tritt vielmehr in ihr entscheidendes Stadium, das der Durchführung des für notwendig und richtig erkannten Planes. Die Landesplanung Mecklenburg mit ihrem reichen Erfahrungsschatz wird dabei weitere erfolgreiche Arbeit leisten.

Schlemm.

Neue Siedlungen in Mecklenburg

Von Professor Dr. Max J. Wolff, Berlin.

Die Deutsche Centralboden A.-G. gab kürzlich Gelegenheit zur Besichtigung der Siedlungen, die die Deutsche Ansiedlungsbank in letzter Zeit bei Neu-Brandenburg (Mecklenburg-Strelitz) angelegt hat. Es wurden dazu Angehörige der verschiedensten Berufe aufgefordert, auch solche, die geschäftlich mit der Siedlung weder in der Theorie noch in der Praxis etwas zu tun haben, und gerade in diesen Kreisen war die Teilnahme besonders eifrig und das Interesse über Erwarten groß. Der Gedanke der Siedlung hat sich in allen Bevölkerungsschichten Bahn gebrochen, man sieht in dem Siedlungswesen nicht eine politische und wirtschaftliche Maßnahme wie unzählige andere, sondern man betrachtet es als einen Weg zur Erneuerung unseres Volkes, zum Umbau der Bevölkerungsstruktur, die von der wirtschaftlichen Entwicklung überholt ist. Wenn der Strom der Bevölkerung in den

letzten hundert Jahren vom Land in die Stadt, vom Osten nach dem Westen floss, so muß er in die umgekehrte Richtung gelenkt werden. Der überfüllte Westen muß seinen Menschenüberschuß an den bedürftigen Osten, die Stadt ihre Arbeitslosen an das Land abgeben, wo sie wesentlich bessere Aussichten haben, Beschäftigung zu finden, zum mindesten ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu erwerben, statt sich von der auf die Dauer demoralisierenden Wohltätigkeit, wenn auch auf Grund wohlverworbener Rechte, erhalten zu lassen.

Es handelte sich bei der Besichtigung um die beiden benachbarten, aber nicht zusammenhängenden Güter Roggenhagen von 1549,74 Hektar und Bresewitz von 659,76 Hektar Größe, von zusammen also 2209,50 Hektar, die für die Besiedelung zur Verfügung standen. Diese Fläche verteilte sich auf die verschiedenen Kulturarten in folgender Weise:



Früherer Pferdestall, in welchen 2 bäuerliche Siedlerstellen eingebaut sind.



Eine Gutskate, in die durch Herausnahme einer Wohnung ein Stall hineingelegt wurde. Die Stelle erhielt außerdem noch eine Stallscheune und wurde dadurch einem alten Bauerngehöft sehr ähnlich.

	Roggenhagen	Brefewiñ
Acker, Hof u. Garten:	1 033,71 ha	463,79 ha
Wiese:	104,63 "	89,43 "
Weide:	33,72 "	38,83 "
Holz/Bruch:	323,79 "	36,80 "
Unland:	53,89 "	30,91 "
	1 549,74 ha	659,76 ha

An Siedlerstellen wurden bei Aufteilung der beiden Komplexe ausgelegt:

	Roggenhagen	Brefewiñ	zusammen
über 50 ha	2	1	3
40—50 "	—	2	2
30—40 "	3	—	3
25—30 "	3	1	4
20—25 "	17	6	23
15—20 "	34	7	41
10—15 "	7	12	19
unter 10 "	2	1	3
Insgesamt:	68	30	98

Als Durchschnitt einer Siedlerstelle waren also 15—25 Hektar ins Auge gefaßt, und wenn, wie sich aus der umstehenden Aufstellung ergibt, die Parzellen in Roggenhagen sich überwiegend an der oberen Grenze des Durchschnittes halten, so liegt es daran, daß die Kategorie „Holz/Bruch“ dort $\frac{1}{2}$, in Brefewiñ aber nur etwa $\frac{1}{100}$ des Gesamtareals bildete. Jeder Siedler muß ungefähr 20 Morgen Wald übernehmen. Daß einige Stellen größer gehalten werden mußten, 3 sogar über 50 Hektar, ergab sich aus lokalen Gründen, vor allem aus der Notwendigkeit, größere vorhandene Baulichkeiten sachgemäß zu verwerten. Die wenigen ganz kleinen Stellen unter 10 Hektar sind nach ihrem Umfang zwar zum Unterhalt einer Familie noch ausreichend, aber doch mehr geeignet für solche Siedler, die neben der Landwirtschaft das Handwerk eines Schmiedes, Stellmachers usw. innerhalb der Siedlung ausüben. Durch diese kleineren Stellen ist eine Verbindung zwischen der im übrigen landwirtschaftlichen Siedlung und der für den dortigen Bedarf zweckbestimmten Nebenerwerbsiedlung hergestellt.

Die in diesem Zusammenhang wichtige Feststellung, welches die Mindestgröße einer lebensfähigen und zugleich allgemein wirtschaftlich zweckmäßigsten Siedlung ist, ist schwer allgemeingültig

zu treffen. Die jeweiligen örtlichen Verhältnisse spielen dabei eine entscheidende Rolle. Der Siedler darf nicht so gestellt werden, daß er sich mit seiner Familie gerade durchschlägt und mit jedem weniger günstigen Jahr die Krisenzone streift, sondern er muß eine gewisse Sicherheit und vor allem muß er Freude an seinem Eigentum und seiner Tätigkeit besitzen. Er muß die Gewißheit haben, daß er durch Arbeit weiter kommen kann. Es empfiehlt sich daher, die Stellen so zu bemessen, daß sie zwar ohne fremde Hilfskräfte bewirtschaftet werden können, dabei aber in Bezirken wie Mecklenburg, in denen genügend Land vorhanden ist, lieber nicht an die Minimalgrenze heranzugehen. Für Siedlerstellen, die wie die hier in Betracht kommenden in der Hauptsache auf Getreidebau angewiesen sind, erscheint ein Ackerboden im Umfang von annähernd 10 Hektar als das Angemessenste.

Am 18. September 1931 wurden die beiden Güter nach erfolgter Zwangsversteigerung von der Deutschen An siedlungsbank übernommen und nach knapp 3½ Monaten war ihre Aufteilung planmäßig durchgeführt, so daß am 31. Dezember 1931 sämtliche Siedlerstellen den Käufern übergeben waren. Dieses Ergebnis in so verblüffend kurzer Zeit wäre unter normalen Verhältnissen schon eine sehr beachtenswerte Leistung, wenn man aber die zerrüttete wirtschaftliche Lage im Herbst des vorigen Jahres in Betracht zieht, die natürlich hindernd auf die Arbeiten einwirkte, so verdient diese rasche Abwicklung des Siedlungsverfahrens uneingeschränkte Bewunderung. Sie war auch nur dadurch möglich, daß die Aufteilungspläne schon bei Erwerb der beiden Grundstücke abgeschlossen vorlagen, und daß der Instanzenzug in Mecklenburg wesentlich einfacher ist als anderswo. Die An siedlungsbank hatte in dem Kleinfhaat nur mit einer Behörde zu tun, nicht wie in Preußen, wo die verschiedensten Amtsstellen bei der Siedlung mitzusprechen haben und mit ihnen meist wohlge-meinten, aber nicht immer fachverständigen Wünschen, die häufig unausführbar sind, sich häufig auch gegenseitig widersprechen, ein schwer zu überwindendes Hindernis bilden. Gerade aus diesem Grunde erscheint der kürzlich in dieser Zeitschrift geäußerte Vorschlag nach Einrichtung von Siedlungsanstalten und von ihnen übergeordneten Landesiedlungsanstalten besonders erwägenswert. Natürlich darf es sich dabei nicht um die Schaffung einer Behörde mehr handeln, sondern um eine straffe Zusammenfassung der vielfach zersplitterten Befugnisse an einer einzigen Stelle.

Bei der Durchführung des Siedlungswerkes galt als oberster Grundsatz, alles Vorhandene, soweit als nur irgend möglich, auszunutzen und Neuanlagen nur vorzunehmen, wenn der Bedarf durch das Bestehende in keiner Weise gedeckt werden

konnte. Infolge der rücksichtslosen Durchführung dieses Grundsatzes können die neuen Siedlungen nicht mit gefälligen Wohnhäusern aufwarten, die, so schätzenswert sie unter dem ästhetischen Gesichtspunkte sein mögen, für die geringen Mittel der Siedler zumeist eine schwere Belastung bedeuten. In Brelewitz kam man ohne alle Neubauten aus und selbst in dem größeren Roggenhagen sind von den vorhandenen 68 Stellen nur 17 Neubaugegen 51 Umbaustellen. In die Wirtschaftsgebäude wurden zu den vorhandenen Ställen Wohnungen von 2—3 Zimmern eingebaut, die zwar nicht allen idealen Forderungen des grünen Tisches entsprechen, aber im ganzen doch einen wohligen und warmen Aufenthalt bieten. Die großen Gutscheunen und Ställe wurden durch Längs- und Quermäße geteilt und durch Anlage neuer Türen für den Gebrauch mehrerer Siedler hergerichtet. Auf diese Art gelang es, des schwierigen Problems Herr zu werden, das die Bewertung der zentral gelegenen Baulichkeiten bei der Aufteilung eines Gutes von 6- und 3000 Morgen, wie im vorliegenden Fall, unter zahlreiche kleine Besitzer bietet. Abgebrochen wurde lediglich eine verbretterte Feldscheune und ein Pferde stall aus Holzfachwerk, die wegen ihrer Lage, aber auch wegen ihres schlechten baulichen Zustandes für eine Verwendung auf einer Siedlerstelle nicht geeignet waren. Das Herrenhaus in Roggenhagen konnte für einen, allerdings sehr geringen Preis, an den Kreis verkauft werden, der darin ein Altersheim einrichten wird, während das weniger prunkvolle Guts haus in Brelewitz in die Siedlung einbezogen werden konnte. Bei der Siedlung kommt es darauf an, die Kosten der ersten Einrichtung möglichst niedrig zu halten; dadurch erleichtert man dem Siedler seine schwere Aufgabe mehr als durch sonstige Vergünstigungen, die leicht mit einer Schwächung seiner Energie Hand in Hand gehen.

Die Aufteilung wurde im Interesse einer schnellen und reibungslosen Erledigung am Orte selber vorgenommen. Die landwirtschaftliche Leitung hatte ihren Sitz in Roggenhagen. Dort wurde auch das Baubüro und die Verkaufsstelle untergebracht. Die Verträge mit den Bau- und Lieferfirmen schloß die An siedlungsbank als Siedlungsträger ab, wodurch wesentlich niedrigere Preise und günstigere Bedingungen erzielt wurden, als die Siedler selbst mit ihren geringen Betriebsmitteln und schwachen Kredit erhalten hätten. Das Baumaterial wurde auch zum großen Teil von der Bank zur Verfügung gestellt und für das benötigte Holz sorgte ein in dem Gutswald aufgestelltes „fliegendes Sägewerk“. Die Auswirkung der Siedelung auf den Arbeitsmarkt, der uns heute besonders interessiert, ist aus der folgenden Aufstellung ersichtlich.

In der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1931 wurden durchschnittlich beschäftigt:

182 Maurer	mit zusammen 9 442 Tagewerken
117 Zimmerer	" " 5 793 "
82 Bauarbeiter	" " 3 258 "
18 Dachdecker	" " 253 "
9 Klempner	" " 53 "
18 Tischler	" " 528 "
12 Töpfer	" " 157 "
10 Glaser	" " 64 "
24 Maler	" " 593 "
7 Brunnenbauer	" " 564 "
24 Kutscher	" " 1 540 "
13 Monteure	" " 583 "
5 Eisenarbeiter	" " 179 "
127 sonst. Arbeiter	" " 7 036 "
648 Arbeiter mit	30 043 Tagewerken

In ca. 3½ Monaten wurden also 648 Arbeiter je 46,4 Tage mit einer Lohnsumme von rund 220 000 RM beschäftigt. Die auf den beiden Gütern anässigen Landarbeiter konnten während dieser Ausbaupzeit vollständig im Dienst gehalten werden, sie wurden durch etwa 30 weitere erwerbslose landwirtschaftliche Arbeiter aus der Umgegend ergänzt, sowie durch 30 Neusiedler, die in der Hauptsache mit der Anlage ihrer eigenen Stellen beschäftigt wurden. Wenn die Zahl der Neusiedler nicht größer war, so lag die Ursache in den ungewöhnlich schwierigen Geldverhältnissen im Herbst 1931. Die Leute konnten sich das zur Uebernahme ihrer Siedlerstelle erforderliche Kapital nicht beschaffen oder nicht flüssig machen und wurden dadurch wochenlang zwecks in der Heimat festgehalten, statt daß sie bei der Einrichtung ihres neuen Heims hätten Hand anlegen können. Immerhin waren zeitweilig an 600 Arbeiter gleichzeitig bei dem Siedlungsvorhaben in Tätigkeit, errechnet die besonderen gelernten und ungelernten Arbeitskräfte, die zum Ausbau der Wasserversorgung und des elektrischen Ortsnetzes verwendet wurden. Neben dem Aufbau wurden die laufenden landwirtschaftlichen Arbeiten, in erster Linie die ordnungsgemäße Herbstbestellung vorgenommen. Den im Laufe des Winters eintreffenden Siedlern konnte ihr Ackerland im bestellten Zustand übergeben werden. Außerdem wurden sie so weit mit Saatgut und sonstigen Vorräten versorgt, daß sie bis zur nächsten Ernte auskommen können.

Durch die geschickte Verwertung aller vorhandenen Gebäude gelang es die Kosten der ersten Einrichtung beträchtlich unter das bisher übliche Maß herunterzudrücken. Auf eine Umbaustelle entfielen einschließlich Brunnen und Umzäunung etwa 4900 RM und selbst auf eine Neubaufelle statt der früher üblichen 17 000 RM nur 7400 RM. Der Kaufpreis einer Siedlerstelle von etwa 60 bis 80 Morgen stellte sich einschließlich der errichteten Gebäude und der mitübergebenen, bis zur Ernte 1932 ausreichenden Vorräte, aber ohne lebendes und totes Inventar auf 20 000—24 000 RM. Die erste

Anzahlung betrug 10 %, das Restkaufgeld war ohne Gewährung eines Freijahres mit 5 % zu verzinsen und mit 1 % zu amortisieren. Auf Grund der am 10. November 1931 ausgegebenen Richtlinien wurde ein Freijahr zugunsten der Siedler eingeführt, der Zinssatz auf 4½ % und die Tilgungsquote auf ⅓ herabgesetzt. Bei einem Bruttoertrag der Siedlungsstelle von 6000 RM ist also ein knappes Sechstel zunächst für Verzinsung und Amortisation zu verwenden, vom Morgen etwa 12 RM oder 1½ Zentner Getreide.

Aus der Ausnutzung der vorhandenen Baulichkeiten ergab sich der Charakter der neuen Anlagen als geschlossene Dorfsiedelungen. Das mag zum Teil die Ursache gewesen sein, daß unter den Gutsarbeitern, überhaupt unter den eingeborenen Mecklenburgern, zunächst wenig Reizung zur Beteiligung an der Siedlung bestand. Die Streusiedelung ist dem Mecklenburger und Pommern sympathischer, seit Generationen vertrauter, er liebt es ohne einen unmittelbaren Nachbarn zwischen seinen Feldern zu wohnen. Der beweglichere Mitteldeutsche kennt derartige Bedenken nicht, er weiß den Vorteil des Zusammenlebens zu schätzen und sucht die Gemeinschaft des Dorfes. Der Zugang aus dem Westen, vermittelt durch die Siedlerberatungsstellen Halle, Weimar, Hannover und Osnabrück, war daher besonders zahlreich, wie die nachstehende Tabelle zeigt:

Herkunft der angezogenen Siedler:

	Hoggen-	Breje-	zu-
	hagen	wig	ammen
eingelesene Gutsarbeiter	15	6	21
Bez.-Siedlerber.-Stelle Halle	17	1	18
" " " Hannov.	10	—	10
" " " Weimar	6	—	6
" " " Osnabr.	—	6	6
aus der näheren und weiteren Nachbarschaft	11	15	26
sonstige, durch direkte Anfrage	9	2	11

Dank der abgerundeten Lage der beiden Güter ließ es sich ermöglichen, daß kein Siedler mehr als 1—1,2 km von seiner Wohnstätte zu seinem Feld zurückzulegen hat. Er kann also selbst bei einem größeren Besitz von 80 Morgen mit einem gespannten Pferde auskommen. Der Viehbestand der Güter wurde von der Ansiedlungsbank übernommen und unter die Siedler kontingentiert zu einem unter dem Uebnahmefaz liegenden Preis. Im allgemeinen werden pro Stelle 6—8 Kühe, ungeachtet das Jungvieh, gehalten, dazu Schweine, Hühner usw. nach dem persönlichen Bedarf, während die Milch auf Grund eines für die gesamte Siedlung abgeschlossenen Vertrages an die Moltereier in Friedland geliefert wird.

Auf Roggenhagen saßen früher 32 Arbeiterfamilien, 8 Altenteiler und Rentner, im ganzen etwa 45 Familien, heute, nach der Aufteilung, sind es 75. Noch günstiger stellt sich das Verhältnis zwischen einst und jetzt in Bresewitz, es sind dort heute 32 Familien ansässig gegen 14 vor der Besiedelung. Dies bedeutet im ganzen also nahezu eine Verdoppelung.

Die Bodenbeschaffenheit der beiden Güter ist gut. Roggenhagen besitzt gleichmäßigen, milden, sandigen Lehmboden mit lehmigem Untergrund, weizen- und rottkeesfähig, eben und in günstigem Kulturzustand, der Bresewitzer Boden ist auch eben, aber leichter und in weniger gutem Kulturzustand, aber doch ein über dem Durchschnitt stehender Roggen- und Kartoffelboden. Unter diesen Vorbedingungen haben Siedelungen von 60 bis 80 Morgen die besten Ausichten, sich erfolgreich zu entwickeln. Bei der Anlage einer Siedlung besteht ja immer die Schwierigkeit, die einzelnen Stellen in das richtige Verhältnis zur Qualität und Ergiebigkeit des Bodens zu setzen; im vorliegenden Fall scheinen die bei früheren Versuchen häufig gemachten Fehler glücklich vermieden.

Die Siedler selbst machten den Eindruck, als ob sie sich ihres neuen Besizes freuten. Freilich lag nach 6 Monaten noch vieles in den Anfängen. Es fehlte noch an Gärten, an Blumen und all den

Kleinigkeiten, die zur äußeren Behaglichkeit gehören. Dafür war noch keine Zeit, aber der Grund zu einem gefunden, entwicklungsfähigen Unternehmen ist gelegt und die Menschen selbst sind, soweit sich Gelegenheit bot, sie zu beobachten, hoffnungsvoll, ohne sich übertriebenen Erwartungen hinzugeben. Diese Stimmung kommt auch in dem beständig wachsenden Bedarf nach Siedlerland zum Ausdruck. Leider fehlt es an dem nötigen Angebot, um die Nachfrage zu befriedigen. Dadurch ist eine bedauerliche Stodung in dem Siedlerwerk eingetreten.

Anmerkung der Schriftleitung.

Es sind hier in geschlossener Dorflege 2 neue Gemeinden von 68 und 30 Herdstellen entstanden. Darunter befinden sich nur 2 bzw. 1 Stelle unter 10 Hektar, alle anderen sind landwirtschaftliche Hauptberufsstellen. Diese Zusammenlegung entspricht nicht der eines gemachten Dorfes, das selten mehr als 30 bis höchstens 50 % solcher Stellen zu enthalten pflegt. Sollte nicht auch in Mecklenburg durch stärkere Betonung der Nebenberufsstellung ein bevölkerungsmäßig stärkerer Siedlungserfolg zu erreichen sein? Wo sind neben Schmied und Stellmacher der Sattler, der Schuhmacher, der Schneider, der Kolonialwarenhändler, der Gastwirt usw. mit kleinen Landzulagen, deren Vorhandensein erst eine Gemeinde mit natürlicher sozialer Zusammenlegung und lebendigem Eigenleben schafft?

Arbeitsbeschaffung und Siedlung in Westdeutschland

Von Dr. Friedrich Eishoff, Münster.

Die Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster, die mit Unterstützung durch die Stiftung zur Förderung von Bauforschungen, Berlin, unter der Leitung von Universitätsprofessor Dr. Bruck den Gedanken der Umsiedlung und Reagrarisierung im Zusammenhang mit der industriellen Arbeitslosigkeit seit Jahren in Westdeutschland fördert, veranstaltete neuerdings eine siedlungs wissenschaftliche Exkursion in das Emsland, um dem Siedlungsgedanken neuen Antrieb zu geben, und die Blicke der Öffentlichkeit auf die interessanten Probleme der Siedlung und Arbeitsbeschaffung, wie sie speziell in Westdeutschland liegen, zu lenken. Die Veranstaltung, an der sich außer 80 Studierenden 70 Interessenten aus den Kreisen der Behörden, der Industrie und der Wissenschaft beteiligten, erfolgte unter dem Kennwort:

„Emsland, das Zukunftscolonialland des Ruhrgebietes.“

Hiermit unterscheidet sich die Zielsetzung von dem, was sonst allgemein als das Kernproblem

der Umsiedlung angesehen wird, — die Umsiedlung vom Westen zum Osten, in die ostelbischen Gebiete. Es dürfte gerade im Osten noch weiten Kreisen unbekannt sein, daß es auch im Nordwesten Deutschlands große Gebiete in der Provinz Hannover, dicht entlang der holländischen Grenze gibt, die heute noch eine geringere Bevölkerungsdichte auf den Quadratkilometer gerechnet aufweisen als viele Teile des Ostens. So zeigt z. B. in den Gemeinden unter 2000 Einwohnern die Statistik eine Bevölkerungsdichte von 68,6 in Oberschlesien, 56 in Niedererschlesien, 57,3 in Ostpreußen, in Mecklenburg-Schwerin 26,5 und in Mecklenburg-Strelitz 20,3 je qkm. Dagegen wohnen in den ländlichen Gebieten Hannovers nur 53,3 Einwohner pro qkm und in Westfalen 39,2. Das sind weniger als in Ostpreußen. Besonders dünn besiedelt ist der als „Hümmling“ bezeichnete Gebietsteil, der sich nördlich der hannoversch-westfälischen Provinzialgrenze bis fast nach Leer-Emden erstreckt und westlich von der holländisch-deutschen Staatsgrenze abgeschlossen wird. Es ist teilweise mooriges Gelände, das Bourtanger



Alte Höfe im Hümmlingsdorf: **Ostfläthen** (Hausendorf)

Die Höfe befinden sich in weitgehendem Zerfall und werden zurzeit teilweise durch moderne Siedlungsbauten ersetzt.

Abb. 2



Moor, und teilweise sandiges Gelände. Es handelt sich hier um eins der interessantesten Siedlungsgebiete, die wir in Deutschland haben. Nützlich kann in der Praxis deutlicher studiert werden, was durch intensive Bewirtschaftung und Kultivierung erreicht werden kann, als am Vergleich der Siedlung diesseits und jenseits der deutsch-holländischen Staatsgrenze. Im Gegensatz zur deutschen Seite ist das Land in Holland bereits seit Jahrhunderten durch planmäßige Kultivierungsarbeit in einen blühenden Gemüsegarten verwandelt worden. In einem Abstand von nur ca. 2–3 km zeigen sich diesseits und jenseits der Grenze die krassen Unterschiede in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Auf der holländischen Seite ein behäbiges und blühendes Bauerntum, dem der Wohlstand schon rein äußerlich an der Beschaffenheit und Anlage seiner Wohn- und Wirtschaftsgebäude anzumerken ist; auf deutscher Seite Siedlungen primitivster Art, teilweise im Zustande weitgehendsten Verfalls, mit Elendsquartieren, die das Gebiet zu einem ausgeprochenen Tuberkulosenherd gemacht haben. Es treten hier mit die höchsten Tuberkulosenziffern auf, die wir in Deutschland überhaupt haben. (Vergl. hierzu Bild 1–3.)

Bei dieser Sachlage hat man in den letzten Jahren nun begonnen, das Gebiet verkehrsmäßig durch Straßenbau zu erschließen. Unter der Leitung des Regierungspräsidenten von Osnabrück, Dr. Sonnenschein, sind teilweise mit Mitteln

Abb. 3



Primitiv-Siedlung in Hümmling bei Esterwegen. Aus rohen Kalksandsteinen errichtet, Größe 5 × 3 m. Der Raum ist durch einen Vorhang in Küche und Schlafraum und in den Schlafraum unterteilt. Preis 200.— RM.

der wertgeschaffenden Erwerbslosenfürsorge und in letzter Zeit durch den freiwilligen Arbeitsdienst, teils unter schwierigen technischen Bedingungen, Straßen gebaut worden, die das Gebiet überhaupt erst einigermaßen zugänglich gemacht haben. Seit einigen Jahren ist man zunächst daran gegangen, die vorhandenen wenigen Siedlungen zu sanieren und hygienisch einwandfrei zu gestalten. Einige Neusiedlungen, so z. B. in Großberken sind durch die Tätigkeit der Siedlungsgenossenschaft „Emsland“ Vingen, entstanden. Nunmehr ist es an der Zeit, das Land planmäßig in Melioration zu nehmen, mit dem Ziel, die Verhältnisse ähnlich wie im benachbarten Holland zu gestalten. Die günstigen Bedingungen, insbesondere hinsichtlich des Abflusses der gewonnenen Erzeugnisse, sind vorhanden. Das Gebiet liegt sozusagen vor den Toren des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, mit seinem großen Bedarf. Die Erzeugnisse der auf holländischer Seite liegenden Bauern finden bereits heute dorthin ihren alleinigen Absatz.

Bekanntlich leidet der rheinisch-westfälische Industriebezirk unter einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit. Von den 930 000 Erwerbstätigen des Ruhrgebietes sind ca. 260 000 erwerbslos. Das besondere Kennzeichen dieser Erwerbslosigkeit ist, daß sie eine dauernde sein wird. Die Struktur der Wirtschaft hat sich auf Grund der Veränderungen der Exportverhältnisse sowie durch den besonderen Rationalisierungsvorgang im Ruhrbergbau derartig gewandelt, daß selbst bei aufsteigender Konjunktur damit zu rechnen ist, daß fast 200 000 Menschen im Ruhrgebiet keine Arbeit mehr bekommen werden. Ein großer Teil dieser Arbeitslosen entstammt noch dem Lande und ist erst zur Industrie abgewandert. Will man diese Menschen vor der dauernden Verelendung bewahren, so bleibt nichts anderes übrig, als sie auf das Land zurückzusiedeln. Es ist bekannt, welche Schwierigkeiten die west-östliche Rückfiedlung bietet, und wie schwierig gerade die Verhältnisse im deutschen Osten liegen. In dem oben beschriebenen Siedlungsland an der holländischen Grenze erscheinen dagegen teilweise günstigere Vorbedingungen zu liegen. Zunächst ist die räumliche Entfernung nicht so groß. In den letzten Jahren ist man seitens der Industrie auch zu der Erkenntnis gekommen, daß eine Siedlung auch belebend auf die Industrie wirkt. Es ist dies das Problem der Ankerbelugung des Binnenmarktes als Ersatz für die verloren gegangenen Exportmöglichkeiten. Aus diesem Grunde konnte sich gerade durch die Befiedlung des „Hümmling“ eine gegenseitige Befruchtung der Industrie und der neugeschaffenen Siedlungen ergeben.

Als besonderer Gedanke der veranstalteten siedlungswissenschaftlichen Exkursion kommt dann noch hinzu, daß dieses Gebiet durch den

Dortmund-Ems-Kanal

durchschnitten wird. Seit Jahren wird die Notwendigkeit des Ausbaus des Dortmund-Ems-Kanals diskutiert. Auf dem Dortmund-Ems-Kanal können nur Schiffe bis zu 700 t Tragfähigkeit verkehren gegen 2000 t auf dem Rhein. Hierdurch verlieren sich die Verschiffungsmöglichkeiten der Massengüter, insbesondere des Erzes für die eisenbahnführende Industrie im Dortmund-Industriebezirk sehr erheblich. Die Folge hiervon ist, daß die Industrie aus Gründen der Preisüberhöhung ihrer Produkte teilweise gezwungen ist, ihre Produktionsstätten an die verkehrsgünstigeren Gebiete am Rhein zu verlegen. Hierdurch kommt wiederum der Massengüterverkehr an Erz- und Kohlenumschlag in erhöhtem Maße den holländischen und belgischen Häfen zugute, zum Nachteil des Emdener Hafens. Es erscheint aus arbeitsmarktpolitischen Gründen gerade im Augenblick sehr günstig, den Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals jetzt vorzunehmen. Nach Berechnungen von Oberbaurat Bod (Wasserbaudirektion Münster) würden bei einem Baukostenaufwand von 200 Millionen Mark auf ca. 6 Jahre 17 000 Menschen dauernd Beschäftigung finden. Hierzu kommt noch, daß für die Herstellung der ca. 120 000 zu benötigten Baueisen, für Spundwände, Brücken usw. 4800 Menschen beschäftigt werden könnten. Es handelt sich also um ein Arbeitsbeschaffungsprogramm von größtem Ausmaße. Ganz abgesehen von den Vorteilen, daß durch den Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals ein großer Teil der Ruhrindustrie erhalten bleiben würde und somit eine weitere Zunahme der dauernden Arbeitslosigkeit gerade in dem heute bereits stark belasteten Industriebezirk Dortmunds verhütet würde. Oberbaurat Bod legte dies in einem Vortrage in Papenburg a. d. Ems dar.

Die Exkursion führte am 2. Tage sodann zur Hafenstadt Emden, wo Handelskammerpräsident Dr. Lübbers-Emden einen Vortrag über: „Die Bedeutung Emdens für den westfälischen Industriebezirk“ hielt. Auch hier wurden wieder die Vorteile des Ausbaus des Dortmund-Ems-Kanals und die Notwendigkeit hierzu herausgestellt. Außerdem wurden noch die Siedlungsverhältnisse in der Umgegend von Emden, sowie auf der Insel Vorurum, wo einige interessante Fälle von Weidgerechtigkeit, Deichragern und Erbschaften vorlagen, studiert. Herr Bürgermeister Kiewitz, Vorurum, hatte es übernommen, den Exkursionsteilnehmern einen interessanten Vortrag über die dortigen Verhältnisse zu halten.

Die Exkursion vermittelte den Teilnehmern interessante Einblicke in die Verhältnisse insbesondere, so weit dieselben in Beziehung zur Arbeitsbeschaffung für die dauer-erwerbslosen Ruhrarbeiter stehen.

Teilsiedlung zum Zwecke der Sanierung

Von Regierungs- und Kulturrat Gärtner, Königsberg.

Seit längerer Zeit sind in Ostpreußen Siedlungsversuchen stärker in den Vordergrund getreten, die in erster Linie zum Zwecke der Sanierung von landabgebenden Großgrundbesitz durchgeführt werden. Finanziell überlastete Gutsbesitzer suchen im Siedlungswege durch den Verkauf größerer oder kleinerer Teile ihrer Güter die Schuldenlast auf ihrem Restbesitze auf ein erträgliches Maß herabzumindern.

Diese Teilsiedlungen zum Zwecke der Sanierung (Sanierungs-siedlungen) werden im wesentlichen im Wege der Anliegersiedlung, aber auch im sogenannten Mißsiedlungsverfahren durchgeführt.

Durch die Anliegersiedlung werden bekanntlich bestehende landwirtschaftliche Kleinbetriebe bis zur Größe einer Adermahrung vergrößert und dadurch selbständige Bauernstellen geschaffen. Die Mißsiedlung hat ihren Namen daher, daß in diesem Verfahren neben der Anliegersiedlung in beschränktem Umfange auch Neusiedlungen mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden geschaffen werden. Die Mißsiedlung greift insbesondere dann Platz, wenn sich nicht genügend Käufer für Anliegerland finden, andererseits aber die Möglichkeit besteht, z. B. durch Abverkauf von Vorwerken und Bildung von Neusiedlerstellen das zur Sanierung des Gutes benötigte Kapital zu beschaffen.

Soll durch den Abverkauf von Teilsflächen die Sanierung eines Gutes durchgeführt werden, so müssen die Kaufgelder bar auskommen. Bargeht es heute jedoch, wie überall, so auch bei den faulenden Kleinbesitzern knapp. Nur in Ausnahmefällen werden die Kaufpreise bar gezahlt. Um daher die Sanierungs-siedlungen unter den heutigen Verhältnissen überhaupt durchführen zu können, werden von staatswegen Aufskredite zur Verfügung gestellt bis zu 75 % des von den Kulturämtern ermittelten Tagwertes der Siedlungsflächen. Je nach Lage des Falles werden die Aufskredite im Anliegersiedlungsverfahren von der Treuhandstelle für Aufschuldungskredite in Königsberg oder von der Siedlungsbank in Berlin gewährt. Die Kredite müssen auf den Zukaufsflächen an erster Stelle und auf den Stammstellen der Anliegersiedler an zweiter Stelle im Grundbuche gesichert werden. Für die Neusiedlungen stellt die Preussische Staatsbank in Berlin die erforderlichen Kredite zur Verfügung. Ein Viertel des Kaufpreises müssen die Käufer aus eigenen Mitteln aufbringen.

Seitdem die Treuhandstelle für Aufschuldungskredite die Aufskredite gewährt, beschafft diese die zur Pfand- und lastenfreien Abschreibung der Siedlungsflächen erforderlichen Unterlagen und zahlt auch die Kredite an die Gläubiger aus. Die

zuständigen Kulturämter haben dann im wesentlichen die Siedlungsflächen zu tagieren, die Legitimation der Käufer zu führen und vor allem die Grundbuchberichtigung zu betreiben. Werden die Aufskredite durch die Siedlungsbank oder die Preussische Staatsbank zur Verfügung gestellt, bearbeiten nur die Kulturämter die ganzen Verfahren.

Was die Durchführung dieser Teilsiedlungen in der Praxis anbelangt, so entsteht dadurch für die beteiligten Stellen eine außerordentliche Fülle von schwierigsten Arbeiten der mannigfachsten Art. Hier soll nur folgendes hervorgehoben werden.

Infolge der hohen grundbuchlichen Belastung der landabgebenden Güter ist es eine der mühevollsten Aufgaben, von den zahlreichen Hypotheken- und sonstigen Gläubigern die erforderlichen Entpfändungserklärungen und Lösungsbewilligungen bezüglich der Siedlungsflächen gegen Auszahlung entsprechender Geldbeträge zu beschaffen und weiter die Siedlungsflächen von den Belastungen der Abteilung II der Grundbücher der Güter freizustellen. Die Lastenfreistellung aus Abt. II der Grundbücher macht insbesondere oft dadurch die größten Schwierigkeiten, daß aus vielen Eintragungen die Berechtigten kaum mit Sicherheit festzustellen sind und die Grundbuchämter bezüglich der Nachprüfung der von den Kulturämtern eingereichten Unterlagen im allgemeinen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Praxis rein formalistisch eingestellt sind. Hinzu kommt, daß viele Grundbuchämter auch heute noch, insbesondere bei Neubefragung mit jüngeren Kräften, in der Auslegung der Siedlungsgeetze und deren praktischer Anwendung nur wenig Erfahrungen besitzen. Zu obgelegenen Grundbuchämtern scheint die Rechtsprechung des Kammergerichtes in Siedlungssachen überhaupt nicht oder doch nur sehr langsam vorzubringen, sodaß, um ein Beispiel von vielen zu nennen, die vom Kammergericht anerkannte Beurkundungsbefugnis der Kulturamtsvorsteher bezüglich der Unterwerfungsklausel aus §§ 794, 800 Z.P.O. immer wieder beanstandet wird.

Um den Schwierigkeiten bezüglich der Durchführung der Grundbuchberichtigung zu begegnen, ist es dringend erforderlich, daß die Kulturämter wie im Rentengutsverfahren so auch im Anliegersiedlungsverfahren ermächtigt werden, die Grundbuchämter um Berichtigung der Grundbücher ohne Vorlegung der Unterlagen im einzelnen zu ersuchen. Eine große Fülle unproduktiver Schreibarbeit würde dadurch gespart und die Verfahren lämen zum Nutzen aller Beteiligten erheblich schneller zum Abschluß.

Die kreditgebenden Stellen knüpfen an die Ge-

währung ihrer Kredite eine fast übergroße Anzahl von einzelnen Bedingungen. So verlangt die Deutsche Siedlungsbank, daß im Anliegersiedlungsverfahren auf den Stammstellen der Käufer bei den der Eintragung ihrer Grundschulden vorhergehenden Hypotheken Lösungsvoormerkungen gemäß § 1179 BGB eingetragen werden. Soweit Hypothekenbriefe aufgestellt sind, fördern die Grundbuchämter größtenteils die Vorlegung der Hypothekenbriefe, um darauf die Eintragung der Lösungsvoormerkungen zu vermeiden. Hat man ein Sanierungsverfahren mit 40 Käufern und 40 Stammstellen und rechnet man für jede Stammstelle nur mit dem Bestehen einer Briefhypothek, so müssen in dieser Sache dem Grundbuchamt allein 40 Hypothekenbriefe vorgelegt werden, und zwar von Gläubigern, die mit dem ganzen Siedlungsverfahren nicht das geringste zu tun haben. Die meisten Gläubiger weigern sich daher auch überhaupt, die Hypothekenbriefe den Grundbuchämtern einzureichen und der grundbuchliche Abschluß dertartiger Verfahren ist einfach nicht abzusehen.

Vielleicht geben diese Ausführungen den Anlaß dazu, daß durch die maßgeblichen Stellen die Forderung auf Eintragung der Lösungsvoormerkung überprüft wird, zumal sie praktisch sehr leicht umgangen werden kann.

Bei der Aufbringung der Anzahlungen durch die Käufer treten in letzter Zeit dadurch Schwierigkeiten ein, daß die Käufer im Siderungsverfahren sind und die Treuhänder die Anzahlungen nicht

leisten. Unpünktliche Anzahlungen bedeuten jedoch eine weitere Verzögerung des Verfahrens.

Trotz der auftretenden Hemmnisse nehmen die Teilsiedlungen zum Zwecke der Sanierung der landabgebenden Güter in Ostpreußen weiter ihren Fortgang. Beim Kulturamt Königsberg schweben z. Zt. etwa 150 derartiger Verfahren, ohne daß ein Ende abzusehen ist.

Diese Sanierungsstiedlungen versprechen in vielen Fällen Erfolg. Auch heute gibt es noch Güter, die durch mehr oder weniger große Abverkauf im wesentlichen saniert werden können. Wenn auch im allgemeinen bei den heute vorliegenden Verschuldungsverhältnissen der landabgebenden Güter die Teilsiedlung zum Zwecke der Sanierung allein nicht den erhofften Erfolg erzielen kann, so gewinnen doch diese Verfahren große praktische Bedeutung im Zusammenhange mit den vielen schwebenden Umschuldungs- und Entschuldungsverfahren der Güter. Die Durchführung dieser Verfahren ist oft überhaupt nur dadurch möglich, daß durch Abverkauf im Siedlungswege noch Kapitalien aufkommen, die zur Dedung von Schulden verwendet werden können. Die Bedeutung der Teilsiedlungen zum Zwecke der Sanierung ergibt sich wohl auch aus der großen Anzahl der bei den Kulturämtern anhängigen Verfahren.

Die beteiligten Dienststellen sind sich der großen Bedeutung ihrer Aufgaben auf diesem Gebiete bewußt und bereit, für eine befriedigende Lösung mit allen Kräften einzutreten, zumal das Zusammenarbeiten der Dienststellen mit den Kulturämtern bereits gute Erfolge erzielt hat.

Die Einstellung des Siedlers zu seinem Beruf und gegenüber dem Staate

Von Dipl.-Landwirt Heinrich Nohle, Siedler in Kapteim, Ostpreußen.

Die Siedler sind und fühlen sich als ein in sich geschlossener Berufsstand. Unser Siedlerberuf ist nicht ein Gleiches wie der Beruf eines jeden anderen Landwirts, ja nicht einmal des uns wesenverwandten Kleinbauern. Es fehlen die gleichen Grundlagen; daher sind auch die Ziele verschieden. Der Siedler baut auf einer anderen finanziellen Basis auf als der Kleinbauer. Darum ist es auch möglich und verständlich, daß die Siedler sich aus den verschiedensten Volksschichten zusammensetzen und nicht nur aus seit Generationen in der Landwirtschaft tätigen Menschen.

Dem Staate kommt es darauf an, alle diejenigen Menschen als geeignete Siedler zusammenzufassen, die den Willen haben, auch unter ungünstigen Verhältnissen stets ihre ganze Arbeitskraft zur Schaffung einer eigenen Existenz einzusetzen und damit zugleich zur Festigung der allgemeinen Wirtschaftslage einen bescheidenen Anteil beizutragen. Der

Staat hat die Möglichkeit, mit diesen Menschen Bevölkerungspolitik in schwach bevölkerten Gegenden, insbesondere Grenzgebieten seines Landes zu treiben. Er zieht sie aber auch aus dem öffentlichen Arbeitsmarkt für Generationen heraus. Dem Staat ist es gelungen, im Siedler den geeigneten Berufsstand für diese bevölkerungsnational- und arbeitspolitischen Ziele zu finden. Wir sehen in unseren Siedlungen neben Kolonisten aus dem früheren russischen Reich Rückwanderer aus deutschen Industriegebieten, neben ehemaligen Landarbeitern, die den admtbaren Ehrgeiz haben aufzusteigen, ehemalige Gutbesitzer, die nicht den Mut finden lassen, trotz der Ungunst der Verhältnisse noch einmal von vorn anzufangen, neben Handwerkern, die ihre feste Hoffnung haben, daß das Handwerk wieder aufblühen wird, wenn die Industrie zurückgeht, die Vertreter geistiger Berufe, denen die Not der Zeit keine Möglichkeit gab, in

ihrem ursprünglich erwählten Beruf zu arbeiten, und die losgelöst von all diesem mit festem Willen sich durch Arbeit wieder freimachen wollen.

Sie alle nehmen eine besondere Einstellung zu ihrem Beruf ein. Zwei Gruppen dieser verschiedenen Auffassungen sind vorherrschend. Die eine Gruppe umfaßt die Siedler, die im Hinblick auf ihre Nebenbezüge, wie z. B. Renten, seien es eigene, seien es die Renten von Angehörigen, ihre Siedlung erworben haben. Für sie bedeutet der Nebenbezug eine Ergänzung ihrer Wirtschaft. Sie benutzen denselben im Anfang zur Vervollständigung ihrer Wirtschaft, späterhin zu besserem Auskommen. Meistens beschränkt sich diese Gruppe auf den Erwerb der kleineren und mittleren Stellen, die es ermöglichen sollen, auch ohne größere Anstrengung und Schwierigkeiten ein auskömmliches Leben zu führen.

Für die andere Gruppe bedeutet die erworbene Siedlung ihr Ein und Alles. Sie sind sich bei Erwerb ihrer Siedlung bewußt, daß die Wirtschaftlichkeit ihrer Siedlung auch ihre einzige Existenzmöglichkeit bildet. Daher sind sie stets darauf bedacht, die Wirtschaft so vollständig wie nur irgendmöglich mit Inventar zu versehen, um gegen Rückschläge zu sichern und ihre Wirtschaft nach gleichmäßigem Voranschlag bewirtschaften zu können. Sind hier Verbesserungen in der Wirtschaft möglich, so werden sie fast stets durch die besondere Tüchtigkeit des Siedlers ausgenützt. Obgleich dies die wertvollste Siedlergruppe ist, ist sie am empfindlichsten von allen und reagiert auf jede Art außerordentlicher Begebenheiten.

Die Einstellung des Siedlers zum Staate wirkt sich zunächst gegenüber der staatlich beauftragten Siedlungsgesellschaft aus, mit der er den Kauf der Siedlung abschließt. Unter Zuhilfenahme seiner letzten Ersparnisse hat er sich sein Eigentum erworben. Unter Beanspruchung der Staatshilfe wurde es ihm möglich, eine Landstelle ohne jede weitere Belastung zu kaufen. Die Abdeckung der Staatshilfe im Rentenverfahren braucht erst im Verlauf einer Generation zu geschehen. Die formelle Rechtslage und die vertragsmäßige Bindung auf eine Generation gegenüber dem Staate berechtigte den Siedler zu der Einstellung, daß seine Siedlung ein gleiches Eigentum sei wie eine Landstelle, die mit ausreichenden Mitteln angekauft ist. Das Risiko des Staates sieht er durch die Vergütung des Rentenbetrages und der Tilgung gesichert. Darin sieht er sein Recht, die Siedlung als sein vollständiges Eigentum zu betrachten. Dies ist auch als Grundeinstellung zu betrachten, von der aus der Siedler nicht nur seine Wirtschaft führt, sondern auch die Staatsmaßnahmen beurteilt, die die Ausübung seines eigenen Willens beschränken oder unterstützen und fördern.

Die Entwicklung der Güterpreise auf dem freien Markt in der heutigen Wirtschaftskrise hat den Siedler veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß er

vertraglich kein Recht hat, unter Ausnutzung der Notlage der Landwirtschaft ebenfalls dieselben Niedrigpreise wie im freien Verkehr zu beanspruchen. Er glaubt demnach wegen der im Siedlungsvorhaben angelegten höheren Bodenpreise, daß die Not der Landwirtschaft durch äußere Hilfe auf ein mögliches Mindestmaß herabgedrückt werden muß, damit die Vergütung seines Rentenkapitals gesichert wird. Der Siedler ist aber auch bewußt, daß diese Mehrbelastung wieder eine höhere Wirtschaftlichkeit seiner Siedlung verlangt, um aufgebracht zu werden. Er verlangt von der Siedlungsgesellschaft, daß sein Boden nicht nur nach Bodentasse, sondern auch nach Art und Intensität früherer Bewirtschaftung bewertet wird, gleich, ob es sich um Ackerflächen, um Weiden oder Weiden handelt. Der Siedler hat kaum selber die Möglichkeit, seine Siedlerstelle vorher zu prüfen. Sowohl die frühere, vor dem Siedlungsvorhaben ausgeübte Tätigkeit als auch die Schaffung einer neuen Wirtschaftseinheit, wie sie durch die Aufteilung anstelle von ganz anders gearteten Wirtschaftseinheiten gescheht wird, und deren Lebensfähigkeit nur durch Beurteilung und Kontrolle und Gegenkontrolle langjährig tätiger Siedlungsfachleute festgestellt werden kann, zwingen ihn dazu, sich auf den Staat zu verlassen, der $\frac{1}{10}$ der Belastung für ihn übernommen hat. Dieser Rückhalt an den Staat ist für ihn das Wertvollste, und er glaubt sich der vorherigen Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen sicher zu sein.

Die etwas trasse Heraussetzung des Eigentumsbegriffes des Siedlers, die zugleich aber auch das Wertvollste für unser ehrgeiziges Streben nach Vorwärtskommen ist, mußte sein Augenmerk unter den heute sich immer schwieriger gestaltenden Verhältnissen auf ein risikoloses Wirtschaften in dem einen Freijahr, das ihm nur zur Verfügung stand, richten. Die gleichmäßige Rentenbelastung, die hinterher einsehen soll, veranlaßt den Siedler dazu, eine Ernte zu fordern, die einer Höchsternste seines Landes entspricht. Er kann unmöglich das Risiko eines auch nur mittleren Feldbestandes auf sich nehmen, da er sich sonst nicht der Belastung nach einem Jahr gewachsen fühlt. War die Ergänzung der Ernte durch Zuteilung der Ernte von Vorbehaltsflächen nicht möglich, so wurde die Einstellung des Siedlers von vornherein eine negative, die sich nachher auf die Einstellung zum Staat automatisch überträgt. Hinzu kommt das unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders drückende Gefühl, das aber auch auf der ganzen übrigen Landwirtschaft lastet. Der Siedler bekommt für seine Arbeit keinen Lohn mehr und muß einzelne Produkte seiner Arbeit noch weit unter diesen Kosten abstoßen. Je jünger die Siedlung ist, desto mehr greift dieser Vorgang zehrend in die Substanz seines Betriebes ein.

Dieser hemmende Einfluß wirkt sich schon auf

die Maßnahmen aus, die trotz einer gewissen Belastung dem Siedler doch noch ein Mehr an Vorteilen bringen können. Hierunter fällt insbesondere das gesamte Genossenschaftswesen. Der Siedler ist nicht mehr in der Lage Belastungen, die einen späteren Vorteil sichern sollen, einzugehen. Er will in seinem großen Mißtrauen den Vorteil erst in den Händen halten, ehe es ihm möglich ist, zu einer Belastung seine Zustimmung zu geben. So müssen schließlich in einer Siedlung auch alle Bestrebungen zunichte werden, die daraufhin zielen, ein genossenschaftliches Ganzes zu bilden. Es ist dem Siedler unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr möglich einzusehen, warum er genossenschaftlich das Interesse seines Nachbarn in einer Sache wahrnehmen soll, die ihn in diesem Punkt nicht berührt. Je einheitlicher das Genossenschaftswesen jedoch unter den heutigen Verhältnissen ausgegossen wird, desto mehr hat es nur allein Berechtigung. Nur eine geschlossene Genossenschaftsaufgabe kann das notwendige Kapital gegen Rückschläge, aber auch zur Heranziehung neuer wirtschaftsfördernder Maßnahmen bilden. Es ist hier im besonderen an die Entwicklung des Absatzes der Siedlerprodukte gedacht worden. Oft sind die Siedler schon nicht mehr in der Lage, die Belastung durch die Unterhaltung des ihnen von der Siedlungs-gesellschaft übergebenen Genossenschaftskapitals in Form von Dreifächern, Wasseranlagen, Viehhäuten usw. auf sich zu nehmen. Besonders einschießend wirkt sich dies bei den Zuchtstierhaltungs-genossenschaften in den Siedlungen aus. Wird der Zuchtstierhalter durch Landzulage nicht bei der Haltung des wertvollen Tieres unterstützt, so hat er keinen Vorteil mehr durch spätere Ueberlassung des genutzten Zuchtstieres. Was aber ein Verfall der wertvollen Patertiere für die Veredelungswirtschaft des Siedlers bedeutet, ist kaum auszudenken. Es ist m. E. eine große Aufgabe, das Ziel hier eher weiterzustücken und durch Unterstützung der Haltung wertvoller weiblicher Tiere das männliche Tier zu ergänzen.

Der häufige Vorwurf, der Siedler schaffe sich zu viel Maschinen an und belaste sich dadurch mit Verpflichtungen, die er späterhin nicht erfüllen kann, muß im allgemeinen von den Siedlern zurückgewiesen werden. Ist auch der einzelne Ankauf von großen Maschinen aufs schärfste zu verurteilen, und der Siedler stets auf den genossenschaftlichen Zusammenschluß hinzuweisen, so ist doch zu bedenken, daß die Siedlerfamilie bei der Bewirtschaftung ihrer Stelle auf sich allein angewiesen ist. Es ist dem Siedler unmöglich, sich fremde Arbeitskräfte zu halten. Obgleich sich die Landarbeiter wegen ihrer wirtschaftlichen Not zu einem ganz geringen Lohnsatz anbieten, kann der Siedler sie in keinem Falle wegen der Höhe der sozialen Lasten in Arbeit nehmen. Aus diesem Grunde ist der Siedler darauf angewiesen, sich

wirklich brauchbare maschinelle Hilfsgeräte zu seiner Unterstützung anzuschaffen. Es wäre jedoch eine dankbare Aufgabe der Wirtschaftsberatung, den Vertreterstrom der Maschinenindustrie von dem einzelnen Siedler abzulenkten, und Angebot und Nachfrage für die Siedler durch eine amtliche Stelle, die Siedlungsgesellschaft oder die Siedlergenossenschaft, zu leiten. Die Ablenkung des örtlichen Handels auf dem Getreide- und Viehmarkt auf zentrale Stellen ist schon jetzt von Erfolg begleitet. Der neu angelegte Siedler ist in jedem Falle darauf angewiesen, sich in seinem Freijahr nicht nur das nötige lebende Inventar, sondern auch das volle tote Inventar anzuschaffen.

Die allgemeine Notlage hat weiterhin eine Erscheinung gegiebt, die einzig und allein ihren Grund in der nicht mehr ihren Lohn tragenden Siedlerarbeit hat und Formen anzunehmen scheint, die mit dem Selbstaufbau der Siedlung durch den Siedler nichts mehr zu tun haben. Es handelt sich um die Siedlerverbände, die es einzig und allein als ihre Aufgabe betrachten, jede einzelne Beschwerde aufzunehmen und sie geschlossen durchzusetzen, ohne aber produktive Selbstaufbauarbeit zu leisten. Das Auftreten jener Verbände ist eben nur Folgeerscheinung, und durch den großen Zustrom, der Beitragszahlungen nicht scheut, ist er ein gewaltiger Ausdruck herrschender Not.

Aus allem heraus bildet sich unsere Berufsauffassung. Die Grundlage ist unser von vornherein festgelegtes Streben und Wollen. Der Siedler will und muß vorwärts kommen, soll er nicht unterliegen. Der Siedler ist darum auf das peinlichste auf die Erhaltung der Wirtschaftlichkeit seines kleinen Betriebes bedacht. Er sieht hierin die einzige Möglichkeit, künftig die Rentenbelastung tragen zu können. Aus diesem Grunde wird der Siedler stets die Erhaltung der Wirtschaftlichkeit nicht nur vor die Erfüllung seiner Pflichten gegenüber dem Staate, sondern auch sogar vor die Pflichten gegenüber seiner Familie setzen. Es ist bezeichnend für die Kraft seines Wollens und Strebens, daß er seine eigenen Ansprüche fast bis ins Unmögliche herabdrücken kann.

Wir Siedler haben uns eine große Arbeit übernommen. Wir wollen die Aufgaben früheren Großbesitzes auf uns nehmen und mit unserer Hände Arbeit ein gleich Gutes und noch Besseres zu erreichen suchen. Wir fordern aber auch Verständnis für unsere Aufgabe. Ist doch dieses Verständnis wohl der einzige Lohn, den wir in der augenblicklich schweren Zeit von unserer harten Arbeit haben.

Wirtschaftsbelebung und Regierungsprogramm

Der neueste Bericht des Instituts für Konjunkturforschung (Viertelj. S. f. Konj. Forsch. Nr. 2, Teil A), der vor Bekanntgabe des Regierungsprogramms abgeschlossen wurde, läßt nach der weltwirtschaftlichen und nationalwirtschaftlichen Gegenwartslage die Hoffnung begründet erscheinen, daß das Krisentief erreicht ist und sich bereits Ansätze zu einem Konjunkturaufschwung gebildet haben.

Die Rohstoffpreise an den Weltmärkten sind seit Anfang Juli gestiegen. Die Flüssigkeit der Geldmärkte hat zugenommen; das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ist gemindert; die Vertrauenskrise flaut ab. Es spricht vieles dafür, daß der Preiskurs an den Weltrohstoffmärkten sein Ende gefunden hat.

Der Konjunkturaufschwung bereitet sich in erster Linie in den beiden großen angelsächsischen Gläubigerländern vor. Unterstützt durch großzügige Staatseingriffe, beginnen sich die Gegenkräfte des bisherigen Abschwungs, insbesondere in der vielfach bereits tot geglaubten Unternehmerwirtschaft, wiederum zu regen.

Auch in Deutschland hat sich das Tempo der konjunkturellen Abwärtsbewegung verlangsamt. Effektenumflüsse und Effektenkurve waren schon vor Bekanntgabe des Regierungsprogramms gestiegen. Die reagiblen Preise hatten ihren Rückgang unterbrochen.

Allerdings können diese Erscheinungen, insbesondere wegen der Zerrüttung des weltwirtschaftlichen und nationalen Kredits, noch kein Beweis für die Fortdauer dieser Entwicklung sein.

Gegen eine optimistischere Auffassung spricht, daß die industrielle Warenerzeugung der Welt in den letzten Monaten weiter zurückgegangen ist. Die monatliche Indizes der industriellen Weltproduktion (1928 gleich 100; Saisonschwankungen ausgeglichen) sank von 76,1 im Januar auf 67,0 im Juni 1932. Gegenwärtig werden rd. 10 v. H. weniger Industriemeren erzeugt als im Jahr 1913.

Auch die Bewegung der deutschen Volkswirtschaft berechtigt noch nicht zu der Hoffnung auf eine ohne Unterbrechung anhaltende Besserung der Lage. Der normale Konjunkturaufschwung, die Erhöhung der Investitionstätigkeit aus privater Initiative, fehlt und muß in der deutschen Wirtschaft fehlen, weil der Absatz zu Verbrauchsgütern und Exportwaren wegen des schrumpfenden Volkseinkommens und der verminderten internationalen Wettbewerbsmöglichkeiten sich kaum erhöhen, eher noch abnehmen dürfte. Die Beobachtung der Sondergebiete, z. B. des Bau- und

Grundstücksmarktes, läßt ebenfalls noch keine begründete Aussicht auf eine dauernde Belebung der Wirtschaft erkennen. Die jahreszeitlich verstärkte Siedlungsbautätigkeit verleiht zwar der Bautätigkeit eine gewisse Stütze. Der konjunkturelle Rückgang der Bautätigkeit hat sich in den letzten Monaten etwas verlangsamt. Dafür haben sich aber die Schwierigkeiten in der Bewirtschaftung des schon vorhandenen Wohnraums mit der fortschreitenden Einkommens- und Geschäftsschrumpfung weiter erhöht.

In diese Wirtschaftslage trägt das in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 zur Belebung der Wirtschaft verkündete Wirtschaftsprogramm neue Hoffnung und neuen Antrieb.

Der „konstruktive Aufbauplan“ der Regierung, der nicht nur die deutsche, sondern auch die Weltöffentlichkeit in diesen Wochen weitgehend beschäftigt, enthält folgende Grundsätze:

Die Währung wird aufrecht erhalten. Die Abwertung der Mark und alle Währungsexperimente werden abgelehnt. Die deutsche Bevölkerung muß sich aus eigener Kraft ernähren.

Die Energien der Privatwirtschaft sollen wieder belebt werden, um auf diese Weise 1% Millionen Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß einzuzugliedern.

Entlastung der Wirtschaft und Arbeitsbeschaffung werden mit einseitigen Mitteln erstrebt. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm umfaßt in erster Linie

1. die Entlastung der Wirtschaft durch Steuererleichterungen durch Ausgabe von „Steueranrechnungsscheinen“,
2. Lohnprämien an Betriebe, die Arbeitslose neu einstellen,
3. Unterschreitung der Tariflöhne bei Aufrechterhaltung des Tarifrechts, wenn Neueinstellungen dadurch möglich werden. (Vergl. im übrigen Gesetzestell.)

Einige sehr wichtige Einzelheiten des Regierungsprogramms, die der Reichszentraler in seiner Rede in Münster gestreift hat, wie das Zinsproblem im Zusammenhang mit der Diskontsenkung, die Ablehnung der Autarkie bei „gleichzeitiger maßvoller Regelung der Einfuhr“, sind noch nicht gesetzlich festgelegt. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Reichsregierung in diesen Fragen alsbald Entschlüsse fassen wird.

In dem allgemeinen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird den Maßnahmen auf dem Gebiete des Grundstücks-, des Wohnungsmarktes und des Bau- und Siedlungswesens besondere Bedeutung beigemessen. Der Reichszentraler sagte wörtlich:

„Außerdem sind Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Siedlung, der vorstädtischen Kleinsiedlung, des Wohnungsbaues und der Hausreparaturen in Aussicht genommen. Hier ist besonders daran gedacht, den Bau von Eigenheimen durch Mobilisierung der in der freien Wirtschaft noch vorhandenen Kreditmöglichkeiten zu fördern.“

Diese Betonung des Baues von Eigenheimen unter Mobilisierung der privaten Kredite deckt sich mit den Forderungen, die in der deutschen Wohnungswirtschaft seit langem nicht mehr verstummt sind. Die bedeutungsvollen Sätze des Reichstanzlers haben daher in der Öffentlichkeit starken Widerhall gefunden. Einzelheiten des Programms sind noch nicht bekannt. Bekannt ist aber die überraschende Wirkung des Programms auf die Geschäftsbefehung, die sich insbesondere in der Börsenhalle kennzeichnet, und die feste Zuversicht der Reichsregierung, die der Reichstanzler kürzlich in das Dichterwort klebte: „Hinter uns die Nacht, vor uns der Tag“. (Abgeßl. 10. 9. 32.)

Zur Lage des Althausbesitzes

Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine hat sich auf dem 53. Verbandstage in Hamburg (7. August) in erster Linie mit den Möglichkeiten einer Arbeitsbeschaffung durch Reparaturen beschäftigt. Der Präsident des Zentralverbandes, Stadtrat Humar, erinnert in seinem Referat daran, daß der Reichswirtschaftsrat seinerzeit für diese Zwecke einen Kredit von 300—350 Millionen RM für erforderlich erklärt habe. Humar hält es für möglich, daß der Althausbesitz in den nächsten Jahren wirtschaftlich gerechtfertigte Reparaturaufträge von 1,5 Milliarden RM erteilt. Der Verbandstag forderte im Anschluß an die Ausführungen Humars einen entsprechenden Reichskredit auf der Grundlage einer Mobilisierung der Hauszinssteuerhypotheken.

Soweit diese Forderungen des Althausbesitzes sich im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten rechtfertigen lassen, sind sie durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. 9. 1932 erfüllt worden. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt worden, für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden, zur Teilung von Wohnungen und für den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen bis zu 50 Millionen RM auszugeben. Daneben sind bekanntlich dem Althausbesitz bereits 50 Millionen RM als Zinszuschüsse zu Reparaturdarlehen zur Verfügung gestellt und von ihm bereits fast völlig in Anspruch genommen worden.

Die darüber hinausgehenden Forderungen des Präsidenten Humar lassen sich wohl auch nicht damit rechtfertigen, daß „in den letzten 8 Jahren mindestens die Hälfte des gelegentlichen Mietertrages weggefallen ist“. Abgesehen davon, daß bei der Hauszinssteuer der Verwendungszweck für die Behebung des Neubaus gegenüber dem fis-

kalischen Erhebungszweck im Vordergrund stand, und die Steuer in der Werterhaltung des Hausbesitzes in den Zeiten der Geldentwertung ihre Rechtfertigung sucht und findet, reicht diese Begründung für die Forderung nach so weitgehender öffentlicher Unterstützung des Althausbesitzes nicht aus. Es muß vielmehr in allen Fällen geprüft werden, ob es nicht zweckmäßiger ist, daselbe Geld für Neubauten auszugeben, denn bei dem Wandel der Wohngewohnheit in der Richtung des Eigenheims und bei der, entsprechend dem verringerten Einkommen, wirtschaftlich orientierten Nachfrage nach kleineren Wohnungen, besteht die Gefahr, daß viele der mit hohen Kosten umzugestalteten Altmwohnungen leerstehen bleiben, und die Aufwendungen nutzlos veran sein würden.

Der Verbandstag beschäftigte sich im übrigen mit den Forderungen aus reißlosen Abbau der Zwangswirtschaft, auf Unantastbarkeit des Privateigentums, auf fühlbare Senkung der Steuerlasten und auf Wiederherstellung des Realkredits. Die durch die letzte Reichsnoterordnung angebahnte Vertrauensbildung wird hoffentlich gerade auf diesem letzten Gebiete einige Erleichterungen schaffen.

In jedem Falle ist in diesem Zusammenhange zu begrüßen, daß die neueste Forderung der preussischen Hauszinssteuer-V.O. wieder die Stundung der Hauszinssteuer möglich macht (vgl. Gesetzes-Teil). Das durch die Pr. Notverordnung vom 8. Juni 1932 eingeführte System Mietbeihilfen hat sich nämlich nicht bewährt und soll nicht in Kraft treten. Vor allem hat sich gezeigt, daß es nicht möglich ist, das finanzielle Risiko der Mietbeihilfen den Gemeinden (als Fürsorgerverbänden) aufzuerlegen.

Entwicklung des freiwilligen Arbeitsdienstes

Nach amtlichen Feststellungen sind bis zum 31. Juli 1932 im Reich insgesamt 5633 Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes mit einer Beschäftigungszahl von 166 286 Arbeitsdienstwilligen von den Landesarbeitsämtern anerkannt worden. Der weitaus größte Teil dieser Maßnahmen war am 31. Juli d. J. noch im Gange. Auf dem Gebiet der Bodenverbesserungen werden 1150 Arbeiten, auf dem Gebiet der Vorbereitung und Errichtung von Siedlungs- und Kleingartenland 266 Maßnahmen, ferner 559 Forstarbeiten und 972 Verkehrsverbesserungen in Gang gesetzt. 920 oder 16,3 v. H. aller Maßnahmen sind als „volkswirtschaftlich wertvoll“ im Sinne der VO. vom 23. 7. 1931 mit dem Anspruch auf Guthrift für Siedlungszwecke bezeichnet worden.

Als Träger der Arbeiten betätigen sich fast in der Hälfte aller Fälle öffentliche Körperschaften, also Länder, Provinzen, Gemeinden, Kreise und Landwirtschaftskammern, die Arbeiten auf eigene Rechnung und Verantwortung durchführen.

Neuerdings sind außer öffentlich-rechtlichen Körperschaften und gemeinnützigen Gesellschaften und Verbänden durch Art. 3 der Verordnung vom 16. 7. 1932 auch auf Erwerb gerichtete Unternehmungen als Träger zugelassen, wenn die übrigen Voraussetzungen für den freiwilligen Arbeitsdienst erfüllt sind.

Das nicht zu unterschätzende Ziel des freiwilligen Arbeitsdienstes ist die sinnvolle Verbindung von ernsthafter Merkarbeit und körperlicher und geistiger Schulung. Auf diese Zusammenhänge hat insbesondere Oberregierungsrat Dr. von Junke im Reichsverwaltungsblatt Nr. 33 aufmerksam gemacht. In seinen Ausführungen, die eine Aufforderung an die öffentliche Verwaltung zur Mitarbeit bei der Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes enthalten, erkennt Dr. von Junke die erfolgreiche Vorarbeit der in mehreren Ländern und Provinzen gegründeten Heimatwerke für die ideelle Durchbildung des Arbeitsdienstes an. Diese Vereinigungen bilden einen gemeinnützigen Zusammenschluß von Organisationen, die sich als Träger des Dienstes zur Verfügung stellen — öffentliche Körperschaften, Städte, Kreise, Industrie- und Handelskammern und private Verbände und Vereinigungen der Arbeitgeber, Siedlungsgesellschaften u. a. Sie haben es insbesondere übernommen, die Arbeitsdienstwilligen auf unparteiischer und interkonfessioneller Grundlage zu betreuen (Satzung des Heimatwerkes Ostpreußen, vgl. Siedlung und Wirtschaft, Jahrg. 13, S. 420).

Wissenschaftliche Institute und Siedlungsarbeit

Die Ostpreussische Heimstätte G. m. b. H., Königsberg/Pr., hat mit dem Wirtschaftsgeographischen Seminar an der dortigen Handelshochschule ein Abkommen getroffen, nach welchem im Einvernehmen mit der Gesellschaft und unter ihrer Förderung durch die dem Institut zur Verfügung stehenden Fachkräfte Spezialuntersuchungen auf dem Gebiete des Siedlungswesens bearbeitet und geflärt werden sollen.

Diese Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis kann für den volkswirtschaftlichen Erfolg der Siedlung nur förderlich sein. Bisher fehlt es im Siedlungsweisen an wissenschaftlichen Unterlagen für eine systematische Siedlungsarbeit nach einem einheitlichen Plan. Darum halten oft Einzelarbeiten im Siedlungsweisen der wirtschaftlichen Kritik nicht stand. Wenn dagegen in Zusammenarbeit der Siedlungsgesellschaften mit den wissenschaftlichen Instituten und den Verwaltungsstellen die Materialien für eine Wirtschaftsplanung auf weite Sicht, die auf regionalen Vorarbeiten aufbauend zu einem einheitlichen Reichsplan auszugestalten wäre, geschaffen werden könnten, so wäre das eine Gewähr für erhöhte wirtschaftliche Erfolge jeder einzelnen Siedlungsmaßnahme.

Außerdem verlangt es die Zeit, daß in Hörsälen und Seminaren der Hochschulen weniger Theorien und mehr praktische volkswirtschaftliche Fragen erörtert werden. Auf diesem Wege wird dem allgemeinen Nutzen mehr gebiet und auch den einzelnen Kandidaten, die schließlich für die wirtschaftliche Praxis vorbereitet werden sollen. Wenn die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis so aufgefaßt wird, so wird sie neben der Klarstellung wichtiger Gegenwartsfragen der Siedlung auch den Mitgliedern der Hochschule, die ihre Arbeitskraft in den Dienst der Sache stellen, Förderung bringen.

Wir begrüßen darum ein solches Zusammengehen zwischen Hochschule und Heimstätte. Auch in anderen Wirtschaftsprovinzen des Reiches, z. B. in dem Einflußgebiete der Technischen Hochschulen in Münster und Dresden, haben sich bereits ähnliche Ansätze eines praktischen Zusammenwirkens zwischen Siedlungunternehmungen und Hochschulen gebildet. Wenn die Kreise der Wirtschaft und Wissenschaft diesem Beispiel folgend auch für andere Wirtschaftsgebiete die Vorarbeiten für eine planmäßige bevölkerungs- und siedlungsmarktpolitische orientierte Besiedlung in unermüdlicher Arbeit leisten, so müßte es möglich sein, die Siedlung vor Fehlschlägen zu bewahren.

Eine weitgehende Erleichterung dieser wissenschaftlichen Vorarbeiten kann durch die nach den neuesten Bestimmungen zulässige Förderung dieser **Forschungsarbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst** erreicht werden. Junge Akademiker bis zu 25 Jahren können nämlich auf diesem Wege einen Zuschuß von 2.— RM pro Tag aus den Mitteln des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst erhalten. Da es gerade bei diesen Forschungsarbeiten weniger an Arbeitsgelegenheiten als an Mitteln fehlt, dürfte diese Unterstützung sehr willkommen sein. Bisher ist bei diesen Arbeiten vorwiegend an technische Forschungsarbeiten gedacht. Richtlinien hierfür können vom Ingenieurdienst e. B. (Berlin NW 7, Ingenieurbau) bezogen werden. Eine Beschränkung auf diese Arbeiten ist nach den gesetzlichen Vorschriften aber nicht zu rechtfertigen, vielmehr müssen, wie bei allen anderen Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst, auch andere Forschungsarbeiten zugelassen werden, soweit sie gemeinnützig und zulässig sind. Für die Siedlungsarbeiten gilt dies trakt Geistes. Darum dürfte die Frage der Gemeinnützigkeit und der Zulässigkeit auch bei Forschungsarbeiten für die Siedlung leicht zu entscheiden sein. Dr. F. R.

Bedeutet ländliche Siedlung Bevölkerungsvermehrung?

In ihrer Denkschrift über 20 Jahre deutscher Kulturarbeit erklärte seinerzeit die Untersuchungskommission: „Während in früheren Arbeitsbezirken durchschnittlich 30 Menschen auf dem Quadratkilo-

meter lebten, sind es nach der Befiedlung 50,4. Sie konnte also eine Steigerung von fast 70 % feststellen. Die gleiche Feststellung macht die Ostpreussische Landgesellschaft in ihrem 1926 erschienenen Tätigkeitsbericht: „Zwanzig Jahre deutscher Siedlungsarbeit in Ostpreußen.“ Auf Grund einer Untersuchung von 25 Siedlungen ermittelt sie einen Zuwachs an Haushaltungen von 70,15 %, an Einwohnern von 69,59 %, wobei sie bemerkt, daß von der Befiedlung auf 1 qkm 35,09 Einwohner und 6,74 Haushaltungen, nachher aber 59,51 Einwohner und 11,48 Haushaltungen entfielen. Nach den vorliegenden Geschäftsberichten hat die Landgesellschaft dieses bevölkerungspolitisch wichtige Ergebnis seither nicht wieder erreicht. Die auf 1 qkm entfallenden Stellen bewegen sich seit 1927 zwischen 5,75 und 8,74 Stellen, berückichtigt man aber, daß hier nur die Siedlerstellen selbst gezählt sind, nicht aber die Zahl der sonst in einer Siedlung vorhandenen Personen: Lehrer, Mietwohnungsinhaber, Rentempfänger, Ortsarme, deren Zahl erfahrungsgemäß etwa $\frac{1}{2}$ ausmacht, so nähert sich die obere Zahl mit ca. 10,8 Haushaltungen der vorigen Feststellung doch sehr. Die Minderung des bevölkerungspolitischen Erfolges ist übrigens ohne weiteres verständlich, wenn man berücksichtigt, daß man unter den augenblicklichen schwierigen Verhältnissen mit der Auslegung von Stellen unter 5 Hektar immer vorsichtiger werden mußte.

Etwas höher liegt das auf Grund der statistischen Feststellungen der Landeskulturbehörde ermittelte Gesamtergebnis für Ostpreußen im Jahre 1931. Die Siedlungstätigkeit dieses Jahres erfaßte 26 216 Hektar, auf denen 2385 Rentengüter gegründet werden konnten. Es bedeutet dies 9,1 Stellen auf den Quadratkilometer, bei Annahme von 4,5 Personen je Stelle von 41 Einwohnern je Quadratkilometer oder unter Berücksichtigung eines 20prozentigen Erfahrungszuschlags von rd. 50 Einwohnern. Da die Bevölkerungsdichte bei Gütern in Ostpreußen heute bei etwa 25–27 El/akm liegt, kann man also im großen und ganzen von einer Verdoppelungsverdoppelung auf den besiedelten Flächen sprechen. — Die mit stärkerer Einstellung zur Wirtschaftsförderung arbeitende Ostpreussische Bau- und Siedlungsgesellschaft hat in den 4 Jahren ihrer Arbeit auf diesem Gebiete durchschnittlich 12,5 Stellen je Quadratkilometer geschaffen, wobei man nach dem gleichen Schlüssel die Einwohnerzahl mit $56 + 20\% = 67$ je Quadratkilometer ansetzen kann, sie hat also etwa die Volksdichte unserer alten Bauernndörfer erreicht. Das Ergebnis von 1931 ist dabei auch bei ihr geringer, es zeitigte 9,3 Stellen und etwa 50 Einwohner auf den Quadratkilometer.

Die vorliegenden Feststellungen zeigen, daß man den bevölkerungspolitischen Einfluß, den die Siedlung innerhalb der ihr zuzurechnenden Gebiete ausübt, nicht gering veranschlagen darf. Sm.

Beisprechungen

Baumarkt und Gesamtwirtschaft. Von Dr. Ing. Karl Müller. Zweite Auflage. Verlag Dr. Emil Cbering, Berlin 1932. Preis 4,80 RM.

Die Problematik von Baumarkt und Bauwirtschaft liegt nicht zuletzt in einem dauernden Konflikt zwischen ihren gesellschaftlichen Funktionen und den Methoden ihrer Finanzierung. Als Produktionsmittelindustrie von Bauten für Wohnung, Arbeit und die übrigen Bereiche des menschlichen Lebens steht sie an Vielseitigkeit und an Abhängigkeit von unüberschaubaren Entwicklungsmöglichkeiten unter den übrigen Produktionsmittelindustrien vielleicht dem Maschinenbau am nächsten. Während dessen kapitalintensive Erzeugung sich jedoch den Marktschwankungen durch wechselnd hohe Abschreibungen elastisch anpassen vermag, ist die Finanzierung des lohnintensiven Wohnungsbaus, des größten Marktes der Bauwirtschaft, völlig von den kurzfristigen Schwankungen des freien Kapitalmarktes und der Finanzen der öffentlichen Hand abhängig. Langfristige Dispositionen im Bau- und Siedlungsweisen sind dadurch bisher nahezu unmöglich gewesen. Diese Dinge sind jedem, der der Bauwirtschaft nahesteht, sattfam bekannt, werden hier aber zum ersten Mal in ihren quantitativen marktwirtschaftlichen Zu-

sammenhängen mit den übrigen Zweigen der Gesamtwirtschaft aufgegriffen. Eine Fülle alter Probleme wird dadurch, wenn auch nicht gelöst, so doch in neuen Zusammenhängen aufgerollt. Ihre Durchdringung wäre eine dankbare Aufgabe für die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungsweisen gewesen, deren Scheitern nicht zuletzt auf gebundene Marsch- und auf einen Verzicht gegenüber den eigentlichen Kernproblemen der Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungsweisen zurückzuführen ist. Diese Kernprobleme liegen nun einmal zuerst in den gesellschaftlichen, regionalen und örtlichen Verschiedenheiten von Siedlung und Wirtschaft, deren ständiger Wechsel nur mit allen Vorbehalten die Aufstellung von bedingt anwendbaren optimalen Typen, Normen und Bauverfahren erlaubt.

Daß diese Kernfragen von Baumarkt und Gesamtwirtschaft auch in den 18 Druckbögen des obigen Buches weder reiflos gelöst noch in erschöpfender Methodik behandelt werden können, nimmt bei dem verblühenden Mangel notwendiger Vorarbeiten auf diesem umstrittenen Gebiet nicht wunder. Um so mehr regt das Buch zu einer Vertiefung der wirtschaftlichen Fundie-

rungen des Bauwesens an, deren dieses im Gegensatz zu einem Uebermaß technischen Spezialistentums dringend bedarf. Mögen weiter wie bisher langfristige Dispositionen im Wohnungs- und Siedlungsweisen durch unübersehbare Schwankungen der kurzfristigen Finanzierungsmöglichkeiten erschwert werden, oder mag die bevorstehende Verbreitung des Arbeitsdienstes auf Wohnungen und Zubehöreinrichtungen der landwirtschaftlichen Siedlung und der vorstädtischen Nebenerwerbs-siedlung endlich den Anstoß zur Aufstellung und Durchführung gesamtwirtschaftlich und einzelwirtschaftlich längst notwendiger Bauprogramme auf weite Sicht geben, auf jeden Fall werden Finanzpolitik und Baupolitik in Zukunft in engere Verbindung miteinander gebracht werden müssen als bisher. Die von Karl Müller eingeschlagenen Durchführungsweisen bedürfen hierzu einer weiteren Durchbildung. —dt.

Vorstädtische Kleinsiedlung. Bestimmungen und Erläuterungen. Bearbeitet unter Mitwirkung der Sachbearbeiter beim Reichskommissariat für die vorstädtische Kleinsiedlung von Professor Dr. Friedrich Schmidt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. Verlagsanstalt N. Müller m. b. H., Gerswalde-Gesellschaft N. Müller m. b. H., bei Bezug von 5 Exemplaren 3,45 RM., bei Bezug von 15 Exemplaren 2,85 RM.

Die Gesetzesbestimmungen, Verordnungen, Erlasse und Richtlinien zur vorstädtischen Kleinsiedlung sind für die Praxis schon fast unübersehbar geworden, zumal die Bestimmungen für den zweiten Bauabschnitt nicht unerheblich von denen des 1. Bauabschnitts abweichen. Die auf Anregung des früheren Reichskommissars für die vorstädtische Kleinsiedlung, Dr. Saßen, zustande gekommene Schrift enthält in ihrem ersten Teil eine erschöpfende Zusammenstellung der zurzeit geltenden reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen. Der zweite Teil enthält Erläuterungen. Regierungsrat Dr. Gase erörtert die Ziele der vorstädtischen Kleinsiedlung. Ministerialrat Professor Dr. Schmidt bepricht alle Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Aufbau der Siedlerstelle in der Praxis ergeben. Obergerungsrat Dr. Geiger gibt einen Ueberblick über die Möglichkeiten und das Verfahren der Finanzierung. Regierungsrat Dr. Richter bepricht die sozialrechtlichen Fragen, die mit der Auswahl der Siedler nach ihrer Eignung, ihrer Selbst- und Nachbarn beim Siedlungs-vorgang und ihrer späteren Versorgung zusammenhängen. Regierungsrat und Baurat Buge behandelt das gesamte Kleingartenkapitel, das im Anschluß an die Bestimmungen und die Durchführung der vorstädtischen Kleinsiedlung besondere Bedeutung gewonnen hat. Landrat Rönneburg gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über den Verlauf und das

Ergebnis beim ersten Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung.

Der Herausgeber der Schrift, Ministerialrat Professor Dr. Schmidt, bearbeitete früher und heute im Reichsarbeitsministerium verantwortlich alle Fragen der vorstädtischen Kleinsiedlung. Die Verfasser der einzelnen Aufsätze sind ausnahmslos frühere Mitarbeiter des Reichskommissars Dr. Saßen; ihre Ausführungen können demnach als ein authentischer Kommentar zu den Vorschriften für die Durchführung der vorstädtischen Kleinsiedlung und gesamten Verordnungen, Richtlinien und Ausführungen angesehen werden. Da auch die Ermächtigungen an die Länder und deren in Ausführung der Ermächtigungen erlassenen Bestimmungen mitbehandelt sind, so bildet diese Schrift, die überdies die erste ihrer Art auf dem Gebiet der vorstädtischen Kleinsiedlung ist, ein umfassendes Erläuterungswerk für das gesamte Gebiet der vorstädtischen Kleinsiedlung.

Dr. F. N.

„Wie werden wir uns ernähren?“ Innenkolonisation, Agrarfrage, Ernährungsproblem. Von A. Geismann. 1932. Scholle-Verlag, Wien I, Babenbergerstr. 5.

In der an 100 Seiten starken Schrift unternimmt es der Verfasser, Wege zu finden, um unser Nachbarland Österreich aus der Arbeitslosigkeit herauszuführen und die durch passives Handelsbilanz und Kreditkrise drohende Gefahr einer nicht mehr ausreichenden Versorgung des österreichischen Volkes mit Nahrungsmitteln zu beseitigen. Gehmann ist der Ueberzeugung, daß eine industrielle Hochkonjunktur, die eine Vollbeschäftigung der Arbeitslosen ermögliche, nie wieder zu erwarten sei und kommt hieraus zu der Forderung, daß man organisatorisch die wirtschaftliche Struktur ändern müsse. — Die Lösung sieht Gehmann in der Umstellung der Industrie auf Kurzarbeit unter Vernetzung der Arbeiter mit dem Grund und Boden. Er verweist darauf, daß für das ländliche Handwerk eine derartige Verbindung von Berufsarbeit und landw. Nebenerwerb immer bestanden habe. Propagiert werden in erster Linie die Formen der Kleinsiedlung wie: die „vorstädtische Kleinsiedlung“ mit 1,1 Hektar Stellengröße, die „städtische Rand-siedlung“ mit durchschnittlich 13 ar Stellengröße, und die Schaffung von Schrebergärten von 3 bis 5 ar am Stadtrand. Der eigentlichen ländlichen Siedlung — Landarbeiter-siedlung mit 1,1 Hektar-Stellen — und bäuerlichen Siedlung mit 7 bis 10 Hektar-Stellen — wird für Österreich nur geringe Bedeutung beigemessen. Die Nahrungsfreiheit könne nicht durch die ländliche Siedlung, sondern nur durch Steigerung der Intensität der einheimischen Landwirtschaft erreicht werden, für deren Erzielung durch technische Fortschritte der heute so beliebte Fünfjahresplan vorgeschlagen wird.

Der zweite Teil der Arbeit behandelt die technische Durchführung der Siedlung und die Bewirtschaftung der Siedlerstellen. Zur Frage der Finanzierung des Siedlungsverfahrens und der Beschaffung von Dauerkredit für die Siedlung äußert sich die Schrift nicht.

Dr. Br.

Landhunger, Gedanken über Boden und neues Bauerntum. Von Wilhelm Schloß. Büchdijcher Verlag, Heidelberg 1931.

Wenn man das Buch aus der Hand legt, empfindet man unwillkürlich den erdigen Geruch der Ackertrume, dann erfährt man mit einmal ganz deutlich, daß es eben doch Unterschiede gibt zwischen Siedler und Bauer, daß man Siedler wohl werden kann, aber Bauer sein muß, daß das eine Zustand, das andere Entwicklung bedeutet.

Und wenn die Männer der Tat herangehen, das soziologische Gefühl der Nation umgemeineln, dann sollten sie das nie aus den Augen verlieren. Sonst werden die Züge krampfhaft, die der Meißel herausarbeitet.

Was heißt denn Landhunger haben, fragt Schloß, und gibt eine wunderbare negative Antwort: „Er ist der Hinweis dafür, daß der Einzelne den ausgeprägtesten Zivilisationskrankheiten noch nicht unheilbar verfallen ist. Sie heißen Nervenschwäche, Blasiertheit und Minderwertigkeitsgefühl.“ Und wie dieser Landhunger in den einzelnen Landnehmerbewegungen entstanden ist, und woraus diese ihre seelischen Kräfte schöpfen, diesen Hunger zu stillen, das wird dialektisch und sachlich in vorbildlicher Weise gemeistert. Und bei aller Abgrenzung des Wollens und Wirkens der verschiedenen Bewegungen gegeneinander, je nachdem, ob die Menschen aus dem Lager der Jugendbewegung, der Artamanen, der Rassenlehre oder sonst woher stammen, steht über allen doch als oberstes Gesetz die zuversichtliche Bejahung des wahren deutschen bodenständigen landhungerigen Bauerntums.

Aber dieses Bauerntum, das soll nicht die langjährigen kapitalistischen, materialistischen, liberalistischen oder sonstwie iltischen Wege austreten, das soll ein neues Bauerntum sein, das soll ein neuer Bauernstand werden, der bodentümlisch, nicht gewinnjüchtig denkt, der volkhaft die Rasse erhält und gestaltet. Diese programmatische Festslegung erhält ihren besonderen Wert in der Darstellung einfacher und leicht und jederzeit durchführbarer Selbsthilfsmöglichkeiten.

Alles in allem: ein Buch, aus dem man Hoffnung schöpfen kann, und was brauchten wir nicht dringender als Hoffnung und immer wieder Hoffnung.

Dr. H. Wagner, Berlin.

Der Eigentumsvorbehalt an Baustoffen und an Lieferungen im Bau-Nebengewerbe. Allgemeiner verständlicher Führer durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und Geschäftspraxis

für Baustoffindustrie, Baustoffhandel, Bau- und Bau-Nebengewerbe, Architekten, Bauherren und Behörden. Von Dr. Gerhard Otte, Syndikus in Berlin. 64 Seiten, broschürt RM 1,80. (Industrie-Verlag Carl Henrichs, Halle a. S.)

Der Eigentumsvorbehalt hat bei allen Baubetreuungs- und Baulieferungsgeschäften eine erhebliche praktische Bedeutung. Der Verfasser, der seit Jahren aus praktischer Erfahrung alle im Zusammenhang mit dem Eigentumsvorbehalt, den Folge- und Nebengeschäften entstehenden Probleme kennt, hat in knapper und allgemeinverständlicher Form die gesetzlichen Grundlagen für die einzelnen Rechtsgeschäfte dargestellt. Die Rechtsprechung ist ausreichend berücksichtigt. Für die praktische Verwendung der Schrift ist von Vorteil, daß die wichtigsten Urteile von wesentlichen Stellen wörtlich zitiert sind. Die vom Verfasser entworfenen Klauseln und Verträge werden der Praxis eine Erleichterung sein. Wer im Baubetreuungsgeschäft zu arbeiten hat, wird sich durch Heranziehung dieser kleinen Schrift vor geschäftlichen Nachteilen schützen, sich in jedem Falle aber die zeitraubende Arbeit des Nachlesens der Kommentare und Entscheidungen ersparen.

Dr. F. R.

Praktisches Handbuch für Siedler und Eigenheimer.

— Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin-Leipzig. Preis RM 32,—.

Enttäuschungen beruhen meist auf Unkenntnis, und Erfolge erfordern die Beachtung unglücklicher, praktischer Kleinigkeiten. Wer baut und siedelt, veripürt das am eigenen Leibe. Man kann deshalb dem Bau- und Siedlungsanwärter nicht dringend genug raten, sich rechtzeitig und laufend Aufklärung zu verschaffen. Bong's Handbuch, gefüllt mit den wertvollen Erfahrungen von 18 Fachleuten, ist für diese Zwecke ein allseitiger, gründlicher, leicht verständlicher, williger und billiger Helfer.

Allseitig —; denn es beginnt mit der Planung des Hauses, den Fragen des Grundstückskaufes, der Pachtung, Miete unter Hinweis auf die wichtigsten, rechtlichen Gesichtspunkte, beschreibt unter Hausbau eine Anzahl von Ausführungsarten, gibt Ansichten, Grundrisse von Kleinhäusern von 2000 RM bis zu Eigenheimen von 30 000 RM, beschreibt das „wachsende Haus“, die Garten- und Wohnlaube, das Wochenendhaus mit Inneneinrichtungen und behandelt die Grundfragen und Richtlinien der Finanzierung und Betreuung. Besonders begrüßenswert sind die zahlreichen Aufsätze über Gartenanlagengabe und Gartenpflege. Wir hören von der wichtigen Gartenplanung, dem Kleingartenwesen, der Wirtschaftlichkeit, dem Gemüsebau, dem Obstbau, der Obstwertung, dem Blumengarten, Schädlingsbekämpfung, von schönen Gartennöbeln und Gartenplänen. — Der Abschnitt Kleintierzucht behan-

debt die Geflügelhaltung, die Kaninchenzucht, die Ziegenzucht, die Schweinehaltung und die Bienenzucht.

Gründlich — ist das Buch in allen Teilen. Es verzichtet mit Recht auf allgemeine, problematische Fragen oder Schlussfolgerungen, greift vielmehr die unzähligen, praktisch zu beachtenden Einzelpunkte heraus, und zwar in übersichtlicher, erschöpfender Darstellung. Das gilt namentlich für die ständig wiederkehrenden Arbeiten der Haus-, Garten- und Tierpflege. Hier ist das Buch wirklich ein stets hilfsbereiter, praktischer Lehrmeister, der sich vielfach bezahlt macht. **H ö f f i n g.**

Siedeln und Bauen rings um Berlin. Von Franz Hoffmann. Verlag Carl Heymann-Berlin, II. Auflage 1932.

Für den Laien, der sich mit dem Gedanken trägt, ein Eigenheim sich zu schaffen, ein vorzügliches Orientierungsmittel. In knapper und verständlicher Form werden beliebte und bevorzugte Siedlungsorte in und um Berlin aufgeführt mit Hinweis auf Fahrt- und Landkosten und die Bedingungen zum Erwerb der Grundstücke.

Verschiedene Spezialbauweisen werden sehr eingehend behandelt. Bei der allgemeinen Geldverknappung ist jedem daran gelegen, schnell und billig zu bauen. In diesem Buche gibt der Verfasser dem Baukünstler Gelegenheit, sich auch einmal über andere Ausführungsarten als die alt hergebrachte Mauersteinbauweise zu orientieren. Sorgfältige Auswahl guter und bewährter Spezialtechniken mit Tappenzzeichnungen, Photographien, Angabe von Festpreisen. Auch die Bedingungen der Lieferfirmen sind im Auszug angegeben und für den Laien besonders wichtig, um eine Vergleichsmöglichkeit zur Normalbauweise zu bekommen.

Wohnendhäuser und Wohnlauben sind nicht vergessen, desgl. die für Groß-Berlin geltenden baupolizeilichen Bestimmungen übersichtlich angegeben.

Den modernen Erfordernissen des Innenausbaues ist ein Hauptkapitel des Buches gewidmet, Sparmöglichkeiten angegeben und Vergleiche der einzelnen Heiz- und Kochsysteme mit Angabe der Herstellungs- und Betriebskosten. Auch auf die nicht unwichtigen Nebenkosten, wie Reisekosten, Gebühren und Anlage des Gartens ist eingehend hingewiesen.

Das Heftchen lieft sich leicht, ist übersichtlich geschrieben und wird manchem ein guter Ratgeber bei seiner Bauplanung sein. **Eisler.**

Das Wohnungswesen in der Schweiz. Veröffentlichung des int. Verbandes für Wohnungswesen Frankfurt am Main. Julius Hoffmann Verlag, Stuttgart.

Im Anschluß an die früher herausgegebenen vergleichenden Studien über den neuzeitlichen Wohnungsbau in einer Reihe größerer Länder

legt der Verband für Wohnungswesen mit dieser weiteren Veröffentlichung eine Monografie über den Wohnungsbau in der Schweiz vor. Der Text ist wie bisher dreisprachig gehalten und mit reichlichem Plan- und Bildmaterial über den Wohnungsbau in sieben bedeutenderen Städten versehen.

Die Schweiz, die eine stetig verlaufende wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung hinter sich hat, erfreut sich eines hohen Wohnungsstandards.

Von der Wohnungsnot ist die Schweiz seit Kriegsende auch nicht unberührt geblieben, doch war die Wohnungsbauaufgabe in der Hauptsache auf die Wiederbeschaffung des nötigen Wohnraumes beschränkt, was jedoch keine Schwierigkeiten in der außerordentlichen und in der Geldentwertung begründeten Ueberhöhung der Baukosten hatte. Bereits im Jahre 1919 zeigte der Bauindex das Dreifache des Friedensstandes an, er stand 1926 noch auf 276 %. Wegen dieser Schwierigkeiten konnte die private Bauwirtschaft nicht mehr aufkommen. Der Staat leitete deshalb eine umfangreiche Wohnungsbauaktion ein. Die Wohnungsproduktion selbst wurde von den Kommunen und anschließend von den Baugenossenschaften übernommen.

In gewissem Umfange hat sich der Flachbau schließlich durch die genossenschaftliche Wohnungsbautätigkeit durchgesetzt und zwar mit der Kleinwohnung im Einfamilienhaus. Auch der Bau von Werkwohnungen ging im allgemeinen auf die Erstellung von kleinen Einfamilienhäusern aus.

Die günstigen Wohnverhältnisse der Schweiz sind kennzeichnend für die Entwicklung bis 1931/1932. Schon machen sich aber auch hier die Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise auf dem Wohnungsmarkt bemerkbar. Wie bei uns ist ein Abwandern aus den größeren in die kleineren Wohnungen festzustellen. Hiermit scheint auch die Schweiz an einem Wendepunkt des gemeinnützigen Wohnungsbauwerks gelangt zu sein.

Die wohnungstechnische Entwicklung läßt erkennen, daß den Problemen und Erkenntnissen des neuzeitlichen Städtebaues das größte Interesse zugewandt wird.

Es ist schließlich interessant, daß am Schlusse des Buches der Wohnungsbau einiger größeren deutschen Städte vorgeführt wird, wie der von Frankfurt a. M., Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe. Dies regt unmittelbar zu einem Vergleich an. Man wird hierbei an die Ausführungen von Ministerialrat Schmidt in seinem Aufsatz: „Neuzeitlicher Wohnungsbau“ in der Deutschen Bauzeitung Heft 23/1932 erinnert, der hier sagt: „In keinem Falle aber kommt das Streben nach wirtschaftlicher Formung und nach baukünstlerischem Fortschritt so stark zum Ausdruck wie bei uns.“ Dies darf aber keineswegs das Studium des sehr empfehlenswerten Inhaltes über die Schweiz und ihren Wohnungsbau ausschließen.

Kretschmer.

Eingegangene Bücher

„Die Zukunft der deutschen Siedlung“.

Herausgegeben von der Freien Deutschen Akademie des Städtebaues. Preis: RM 2,50.

„Das Deutsche Kleingartenrecht“.

Herausgegeben von Dr. John Sokolowski-Mirels, Verlag: Georg Stilke, Berlin NW 7, Preis: RM 8,—.

„Das Kleinhaus“.

Herausgegeben von Reg.-Baumstr. Guido Harbers, Verlag: Georg D. W. Callwen, München, Preis: RM 5,50.

„Die Siedlungsstraße und ihre Beseitigung“.

Herausgegeben von Baurat Eduard Schneider, Allgemeiner Industrie-Verlag, Berlin SW 11, Preis: RM 4,75.

„Kommentar zur Musterjahrgang für Baugenossenschaften und Baugesellschaften“.

Herausgegeben von Rechtsanwalt O. Roenen, Münster, und Verbandsoberrat Dr. B. Gertner, Düsseldorf, Carl Heymanns Verlag, Berlin. Preis: RM 4,—.

Gesetze, Verordnungen und Erlasse

Auszug aus der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft.

Vom 4. September 1932.

Erster Teil.

Entlastung der Wirtschaft.

- Kapitel I: Steuernachlaß durch Steuergutscheine.
 „ II: Herabsetzung der Steuerverzugszuschläge.
 „ III: Umjahreleichterung für Mißh.

Kapitel IV.

Instandsetzung von Wohnungen.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden, zur Teilung von Wohnungen und für den Ausbau gewerblicher Räume zu Wohnungen bis zu fünfzig Millionen Reichsmark auszugeben. Das Nähere über die Verwendung bestimmt der Reichsarbeitsminister.

Zweiter Teil*).

Sozialpolitische Maßnahmen.

§ 1.

Die Reichsregierung wird beauftragt, im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erhaltung der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Sie wird zu diesem Zwecke ermächtigt, Vorschriften zu erlassen

1. über die öffentlich-rechtliche Versicherung für den Fall der Krankheit und des Unfalles, der Arbeitslosigkeit, der Berufsunfähigkeit, der Invalidität und des Todes; die Ermächtigung erstreckt sich insbesondere auf Umfang, Gegenstand und Träger der Versicherung, die äußere und innere Verfassung der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden, das Verfahren und die Aufbringung der Mittel, die Verwaltung und Wirtschaftsführung; die Ermächtigung gilt entsprechend für die Ersatzversicherung;
2. über den äußeren Aufbau und die innere Verfassung, das Verfahren und den Geschäftsgang der Versicherungsbehörden (Gesetz über das Verfahren in Versicherungsachen § 2); die Reichsregierung

kann dabei auch Bestimmungen über die Wahrnehmung der Aufgaben dieser Behörden treffen;

3. auf dem Gebiete der Arbeitsverfassung einschließlich der Verfassung der Arbeitsgerichte, des Arbeitsvertrages, des Tarifvertrages, des Schlichtungswesens und des Arbeitszuges; die Ermächtigung erstreckt sich auch auf die Zulassung von Vorschriften auf solchen Gebieten;
4. auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe und der öffentlichen Fürsorge, des Arbeitsmarktes, der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsfürsorge und des Arbeitsdienstes; die Reichsregierung kann dabei auch die Mitwirkung der Gemeinden, Gemeindeverbände und anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften feststellen.

Zur Durchführung der Vorschriften, welche die Reichsregierung auf Grund dieser Ermächtigung erläßt, kann der Reichsarbeitsminister Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften treffen.

§ 2.

Die Vorschriften dieses Teiles treten mit dem Tage der Verkündung dieser Verordnung in Kraft.

Dritter Teil.

Kreditpolitische Maßnahmen.

§ 1.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt,

1. zur Behebung finanzieller Notstände für Darlehen, die an gewerbliche Kreditgenossenschaften und Konsumgenossenschaften, die das Depositen-geschäft betreiben, sowie an Warenzentralen der Konsumgenossenschaften zu Stützungs-zwecken gegeben werden, Garantien bis zur Höhe von 45 Millionen Reichsmark zu übernehmen und sich zur Zahlung von Zinszuschüssen bis zur Höhe von insgesamt 3,4 Millionen Reichsmark zu verpflichten,
2. zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in Grenzgebieten bis zur Höhe von 50 Millionen Reichsmark Garantien zu übernehmen oder Darlehen zur Verfügung zu stellen,
3. der Bank für deutsche Industriebankationen zur Vorfinanzierung der in den Rechnungsjahren 1933 und 1934, für die Gemäßung von Krediten an gewerbliche Betriebe, insbesondere kleinen und mittleren Umfangs, vorgelegten Beträge aus der Aufbringungsumlage (§ 7 Abs. 1 Nr. 2 des Industriebankgesetzes vom 31. März 1931 — Reichsgesetzbl. I S. 124 —) Reichsschatthanweisungen in Höhe von insgesamt 40 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

*) Anm. d. Schriftl. Zu Teil II vgl. die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten vom 5. 9. 32 (RGBl. I 433).

Die Vorschriften dieses Teiles treten mit dem Tage der Verkündung dieser Verordnung in Kraft.

Vierter Teil.

Sonstige finanzpolitische Maßnahmen

- Kapitel I: Wohlfahrtshilfe.
- „ II: Milderung der Gemeindebesteuer-Entschädigung.
- „ III: Steuerbefreiung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt.
- „ IV: Spar- und Girokassen, kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen.
- „ V: Einschränkung der Personalausgaben bei subventionierten Unternehmungen.
- „ VI: Beantwundung von Lohnbezügen bei den Gemeinden und öffentlichen oder gemischt-wirtschaftlichen Versorgungsbetrieben.
- „ VII: Ergänzung des § 7 der Zweiten Gehaltsförderungsverordnung.

Verordnung zur Milderung der Hauszinssteuerverordnung und des Ausführungs- gesetzes zum Finanzausgleichsgesetz vom 29. August 1932 (G. S. 281).

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 453) zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden wird mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab folgendes verordnet:

Artikel I.

Der Zweite Teil der Verordnung zur Sicherung des Haushalts vom 8. Juni 1932 (Gesetzbl. I S. 199) wird aufgehoben.

Artikel II.

Artikel I § 9 Abs. 2 der Hauszinssteuerverordnung vom 9. März 1932 (Gesetzbl. I S. 114) wird wie folgt geändert:

1. Hinter den Worten „1. bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen“ wird eingefügt:
 - a) wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen, und zwar in Höhe des Betrages, um den die laufende Unterstützung sonst höher sein müßte,
 - b) soweit Mietern nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten,
2. Ziffer 1 c) erhält folgende Fassung:
 - c) soweit die Einziehung eines der gesetzlichen Miete entsprechenden Mietzinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist.

Artikel III.

1. Die bis zum 30. Juni 1932 geltenden Vorschriften über die Höhe des Gemeindeanteils an der Hauszinssteuer und über dessen Verteilung auf die Stadt- und Landteile treten wieder in Kraft.

2. Den Fürsorgeverbänden sind die Beträge der Unterhaltungen, die von ihnen für die Zeit vom 1. Juli 1932 ab infolge des Fortfalls der Hauszinssteuerverordnungen gewährt worden sind und das Hauszinssteueraufkommen gesteigert haben, zu erstatten.

Artikel IV.

1. Wenn für die Zeit vom 1. Juli 1932 ab infolge des Fortfalls der Hauszinssteuerverordnung eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge bewilligt oder erhöht worden ist, so fällt die Unterstützung insoweit vom Zeitpunkt der Wiedergewährung der Hauszinssteuerverordnung fort.

2. Die den Mietwohnungsinhabern für den Monat Juni 1932 gewährten Hauszinssteuererleichterungen sind bis zur Durchführung des Artikels II dieser Verordnung, spätestens bis zum 30. September 1932 weiter zu gewähren. Haben jedoch die Fürsorgebehörden auf Grund der Verordnung vom 8. Juni 1932 (Gesetzbl. I S. 199) bereits eine Entscheidung getroffen, so bleibt diese Entscheidung für die Gewährung und das Maß der Hauszinssteuerfindung maßgebend.

Artikel V.

Die zuständigen Minister werden ermächtigt, Durchführungs- und Ausführungsanordnungen zu erlassen.

Berlin, den 29. August 1932.

(Siegel.) Das Preussische Staatsministerium.

Für den Ministerpräsidenten und den

Minister des Innern:

Braht.

Zugleich für den Minister für Volkswohlfahrt
Der Finanzminister.

Mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt:
Schleuener.

Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten im freiwilligen Arbeitsdienst.

Der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst hat in einem Erlass an die Bezirkskommissare vom 9. 8. 1932 (RArbBl. I S. 177) angeordnet, daß die Bezirkskommissare ihres Arbeitsmöglichkeiten ihres Bezirks unter weitgehender Heranziehung der Arbeitsämter in Zusammenarbeit mit den Staatsbehörden, Gemeinden und Gemeindevorständen planmäßig durchdringen und zusammenfassen. Der Reichskommissar erläutert Art und Umfang der in Frage kommenden Arbeiten, und weist insbesondere auf die Erweiterung des Begriffs der Gemeinnützigkeit in Art. 3 der Verordnung vom 16. 7. 1932 hin. Danach können an der Bereitstellung von Arbeiten künftig auch solche Unternehmungen sich beteiligen, die aus Erwerbs gerichtet sind, sofern die Ergebnisse der Arbeit der Allgemeinheit unmittelbar zugute kommen. Letzteres kann in besonderen Fällen auch dann angenommen werden, wenn der privatwirtschaftliche Nutzen durch eine unmittelbare Leistung an die Allgemeinheit abgegolten wird, z. B. Abtragen von Gebäuden zwecks unentgeltlicher Gewinnung des Abbruchmaterials für gemeinnützige Siedlungen, Abgabe von Brenn- und Bauholz als Abgeltung von Arbeiten in privaten Forsten usw. Die Gemeinnützigkeit und Zukünftigkeit stehen gesetzlich fest und bedürfen keiner weiteren Prüfung im Rahmen der landwirtschaftlichen Siedlung, der vorstädtischen Kleinsiedlung und der Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose (§ 4 Kap. II des Vierten RArbBl. 1931 S. 263) — RGrBl. I S. 537 — und für Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms (nach der Rotverordnung vom 14. 6. 1932, RArbBl. 1932 S. 102) — RGrBl. I S. 273 — und (Art. 5 der Verordnung vom 16. 6. 1932, RArbBl. 1932 S. 111) — RGrBl. I S. 305.

Bei der Finanzierung der Arbeiten ist mit anderen Mitteln als dem üblichen Zulohn von 2.— RM je beschäftigten Arbeitsdienstreitwilligen und Wochentag nicht zu rechnen. Die zusätzlichen Aufwendungen für Material und Arbeitsgerät usw. sollen von den Trägern der Arbeit beigebracht werden. Die Aufbringung dieser zusätzlichen Mittel kann dadurch erleichtert werden, daß die als Träger der Arbeit auftretenden Gemeinden und Gemeindevorstände z. B. eigenes Material, Arbeitsgerät und technische Anleitungskräfte unentgeltlich zur Verfügung stellen. Die Restfinanzierung

wird auch weiter dadurch erleichtert werden, daß durch Naturalleistungen die für den Unterhalt der Arbeitsdienstwilligen erforderlichen Kosten vermindert werden, und dann aus den Förderungsflüssen auch noch Material-Ausgaben und dergleichen gesahlt werden können.

Siedlungsbewegung im Rahmen vorstädtischer Kleinsiedlung.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt hat sich im Erlaße an die Herren Regierungspräsidenten vom 24. 8. 1932 II 1009/15. 8. (49) gegen eine so starke Ausdehnung der Siedlungsbewegung durch Neugründungen von Siedlungsgesellschaften und Siedlungsvereinen gewendet, weil begründeter Anlaß besteht, daß diese neuen Siedlungsvereinigungen hinsichtlich ihrer technischen und finanziellen Leistungsfähigkeit keinerlei Gewähr für die Erfüllung ihrer Verpfändungen oder übernommenen Verpflichtungen bieten. Der Minister verweist auf die Schutzvorschrift des § 22 der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 1. Dezember 1930 (7. Teil Kap. 111 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. 12. 1930) und die Mäßigkeit der Strafpraxis bei widerrechtlicher Beilegung der Bezeichnung als „gemeinnützig“, sowie die Notwendigkeit einer ausserordentlichen Prüfung der Identität. Im Ergebnis enthält der Erlaß die Anregung, die zahlreich vorhandenen Siedlungsvereine und Blöcke zu einem Reichsverband (nach Art des Schweizerverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands) zusammenzufassen, dessen Zusammenlegung und Leitung durch Auswahl geeigneter Persönlichkeiten eine Gewähr dafür bietet, daß nur unbedingt zuverlässige Unternehmen und Vereine aufgenommen werden.

Der Erlaß wird in der Volkswirtschaft veröffentlicht.

Beirat für das Kleinsiedlungswesen beim Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt.

In Verlaß des Bundesrates vom 24. August 1932 — 11 1003/15. 8. (49) — hat der Preussische Minister für Volkswohlfahrt in seinem Bundesrat vom 7. September 1932 — 11 1003/31. 8. (55) — die Bildung eines Kleinfiedlerbeirats für Preußen angekündigt. Der Beirat soll in den wichtigen Fragen der Kleinfiedlerbewegung und -Organisation beratend, prüfend und richtunggebend mitwirken. Im Beirat sollen in jedem Falle vertreten sein: der RASD, ein Kleinfiedlervertreter, ein Vertreter einer Heimstätte und ein Vertreter einer Hausparzellenbewegung.⁴⁾ Die Zielrichtung ist, unter Herstellung einer Verbindung zu der bekannt guten Kleingartenorganisation und den staatlich geförderten provinziellen Treuhäusern des Wohnungs- und Kleinfiedlerwesens wegen der Bedeutung des nachteiligen Kredits auch den Hausparzellen auszuweichen.

*) Bem. d. Schriftlfg.: Als Mitglieder des vorläufigen Beirats für das Kleinfiedlungsweisen beim Ministerium sind vorgelesen:

Rektor Dr. Dietrich, Frankfurt a. M. (Reichsverband
 der Kleingartenvereine Deutschlands), Münster-
 Straße 22
 Geh. Rat Prof. Dr. Abberhalden, Halle a. S.,
 Stadtschulrat a. D. Rauth, Sorau, R.-V.
 Bundesvorsitzender Niedermann (Deutscher
 Siedlungs- und Verkehrsbund) Berlin N 24,
 Gleisstraße 2,
 Direktor Johannes Lubahn, Berlin, Lessing-
 Straße 11,
 Direktor Linneke, Berlin NW 40, Kronstr. 9,
 Gartenarchitekt Leberecht Miggé, Worswede bei
 Bremen.

In dem Erlass ist vorgelesen, auch in den Regierungsbezirken und in den Provinzialverbänden je einen Beirat zu bilden.

Der Erlaß wird in der Volkswohlfahrt veröffentlicht.

Vorstädtische Kleinfiedlung.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt be-
grenzt in einem Rundschreiben vom 29. 7. 1932 betr.
„Vorstädtische Kleinwohnung Förderung der Sied-
lungsausschüsse“ (Bautätigkeit I 1003/32, 7. (20) 22R28
1932 S. 664) die Siedlungsmöglichkeiten für die
vorstädtische Kleinwohnung nach der Richtung der klei-
nen Bauten und der Niedrighaltung der Landpreise.
Der Minister schreibt vor, daß die Gesamthöhe der
Baufakten eines Siedlungsvorhabens, das als vor-
städtische Kleinwohnung gegebenenfalls anerkannt
werden soll, über einen Gesamterstellungswert von
6 000 RM bei Großstädten (mit über 200 000 Ein-
wohnern), von 5 000 RM bei Mittelstädten von 50 000
bis 200 000 Einwohnern und von 4 000 RM bei allen
übrigen Gemeinden nicht hinausgehen darf. Um
ferner einer Überbäuerung der Bodenpreise vorzubeugen,
ist bestimmt worden, daß der Preis des die Minde-
lgröße nicht übersteigenden Grundstücks — je nach der
Lage — in der Regel bei Städten über 50 000 Ein-
wohner 12 v. H., im Durchschnitt aber 20 v. H. der er-
wähnten Siedbaufakten und bei allen übrigen Orten
12 v. H. dieser Kosten nicht übersteigen darf. Ist das
Grundstück größer, so können seine Kosten natürlich
entsprechend höhere sein.

Träger des Dienstes und Zulassung zum
freiwilligen Arbeitsdienst.

Erlaß des Reichskommissars
für den freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. August 1932
111 (3) (RK) 8400/230.
(RfArbBl. 1 S. 180)

(Auszug)

Die Mitwirkung der Träger des Dienstes beim freiwilligen Arbeitsdienst und die Zuneigung der Arbeitsdienstillwilligen hat sich vorläufig nach folgenden Grundfäden zu vollziehen, zu denen ich mir Abänderungen und Ergänzungen vorbehalte, wenn größere Erfahrungen vorliegen.

A. Träger des Dienites.

Träger des Dienstes sind diejenigen Stellen, welche Gruppen von Arbeitsdienstwilligen für bestimmte Arbeiten zusammenfassen und die Betreuung der Arbeitsdienstwilligen durchführen.

Wesentlich für den Träger des Dienstes ist es daher, daß er einen ausreichenden Stamm eigener arbeitsdienstwilliger Mitglieder hinter sich hat, die er für die in Aussicht genommene Arbeit einlegen kann. Wesentlich ist es ferner, daß der Träger des Dienstes imstande ist die nötigen Maßnahmen zur körperlichen und geistig-ästhetischen Erhaltung der Arbeitsdienstwilligen durchzuführen. Soweit ihm vom Träger der Arbeit die Sorge für Pflege, Unterhaltung, Arbeitskleidung und Taschengeld der Arbeitsdienstwilligen übertragen wird, was die Regel bilden wird, muß der Träger des Dienstes auch imstande sein, die damit verbundenen Arbeiten ordnungsgemäß zu erledigen.

Vereinigungen und Verbände sind dann als Träger des Dienstes am geeignetsten, wenn ihre Angehörigen auch durch Gemeinschaftsideen, die außerhalb des freiwilligen Arbeitsdienstes liegen, verbunden werden.

Der Träger des Dienstes bedarf zur Aufnahme seiner Tätigkeit bei einer Arbeit des freiwilligen Arbeitsdienstes einer ausdrücklichen Zulassung durch den Be-

zirkosommiffar. Die Zulassung kann in der dem Träger der Arbeit erteilten Anerkennung enthalten sein, aber auch durch eine Ergänzungserkennung jederzeit ausgesprochen werden. Träger des Dienstes, die für die ordnungsmäßige Durchführung der geschuldeten Aufgaben keine Gewähr bieten, dürfen nicht zugelassen werden. Stellt sich im Laufe seiner Tätigkeit heraus, daß ein Träger des Dienstes den übernommenen Aufgaben nicht gewachsen ist, so hat der Bezirkskommiffar ihn abberufen. Hieraus ergibt sich zugleich, daß die Bezirkskommiffare verpflichtet sind, laufend zu überwachen, daß die Träger des Dienstes ihre Aufgaben im Sinne der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932 und der vom Herrn Reichsarbeitsminister und mir erlassenen Ausführungsbestimmungen durchführen.

Bei der Zulassung eines Verbandes als Träger des Dienstes soll der Bezirkskommiffar etwaigen Wünschen des Trägers der Arbeit Rechnung tragen; denn der Träger des Dienstes muß, soweit nicht im Einzelfall Träger der Arbeit und Träger des Dienstes überhaupt identisch sind, in engerer gegenseitiger Verbindung mit dem Träger der Arbeit wirken. Erfahrungsgemäß finden sich in manchen Fällen Träger der Arbeit und Träger des Dienstes zusammen, ehe eine Arbeit an den Bezirkskommiffar herangebracht wird. In anderen Fällen bedarf es eines Eingreifens des Bezirkskommiffars, um Träger der Arbeit und Träger des Dienstes zusammenzubringen. Die Möglichkeit dazu bietet sich durch die datenswerterweise von zahlreichen als Träger des Dienstes in Frage kommenden Verbänden bereits abgegebene Bereitwilligkeitserklärung, jedem Bezirkskommiffar einen Verbindungsmann zu benennen, der auf dem Gebiete des freiwilligen Arbeitsdienstes bereits besondere praktische Erfahrungen besitzt.

Bei größeren Arbeitsprojekten wird sich die Beteiligung mehrerer Verbände als Träger des Dienstes empfehlen. In diesen Fällen wird unter maßgebender Mitwirkung des Bezirkskommiffars eine Arbeitsgemeinschaft der verschiedenen Verbände zu bilden, insbesondere das Ausmaß der Beteiligung der einzelnen Verbände vom Bezirkskommiffar festzulegen sein. Diese Arbeitsgemeinschaft wird dann Träger des Dienstes für die betreffende Maßnahme werden können. Nur durch eine solche Arbeitsgemeinschaft wird erreicht werden können, daß die Dienstwilligen einer Arbeit des freiwilligen Arbeitsdienstes trotz verschiedener Träger des Dienstes zu einer echten Gemeinschaft zusammenwachsen können.

B. Zuweisung der Arbeitsdienstwilligen.

1. Personalfreis.
2. Einstellung beim freiwilligen Arbeitsdienst.
3. Zusammenstellung der Arbeitsgruppen.

Durchführungsbestimmungen zur Unfallversicherung im freiwilligen Arbeitsdienst (§ 20 der Ausführungsbestimmungen).

Erlaß des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst vom 20. August 1932
III (3) (RK) 8400/223.
(RABSt. I S. 180)

1. Für den Unfallversicherungsschutz im freiwilligen Arbeitsdienst gelten die reichsrechtlichen Vorschriften über die gewerbliche Unfallversicherung entsprechend. Als Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst gelten

a) die Teilnahme an Veranstaltungen, die der geistigen Fortbildung und sportlichen Betätigung dienen und von dem Träger des Dienstes angeordnet oder beauftragt sind. Dabei findet Reichsversicherungsordnung § 545a entsprechende Anwendung (der Versicherungsdruck erstreckt sich nach § 545a RVO. auf den „mit der Beschäftigung in dem Betriebe zusammenhängenden Weg nach und von der Arbeitsstätte“);

b) die Leistung von häuslichen und anderen Diensten in Arbeitslagern (§ 20 Abs. 1 und 2 der Ausführungsbestimmungen).

2. Soweit Reich, Länder und Versicherungsverbände oder solche Gemeinden und Gemeindeverbände, die zu Versicherungsträgern erklärt sind, oder Mitglieder solcher Verbände Träger der Arbeit sind, sind sie gleichzeitig Träger der Unfallversicherung. Sie kommen bei Unfällen für die Leistungen selbst auf, ohne daß von der Reichsanstalt Versicherungsbeiträge zu entrichten sind. In allen übrigen Fällen, d. h. auch wenn solche Gemeinden und Gemeindeverbände Träger der Arbeit sind, die weder zu Versicherungsträgern erklärt sind noch einem Versicherungsverband angehören, ist Träger der Unfallversicherung die Zweiganstalt der Tiefbauberufsgenossenschaft in Berlin-Wilmersdorf, Wabelberger Str. 16 (Durchführungsbeschluss des Reichsversicherungsamts vom 3. August 1932 zu § 20 Abs. 5 der Ausführungsbestimmungen).

Soweit bei laufenden Arbeiten nach den bisherigen Bestimmungen andere Versicherungsträger für Unfälle innerhalb des Betriebes zuständig waren, sind mit dem 31. Juli 1932 die bis zu diesem Tage fälligen Beiträge vom Träger der Arbeit abzurechnen. Soweit Träger der Arbeit die Arbeitsdienstwilligen für Unfälle außerhalb des Betriebes (Freizeit, Sport) bei privaten Gesellschaften versichert haben, sind die Träger der Arbeit anzuhaltend, diese Beiträge zum nächstmöglichen Termin zu lösen. Der Versicherungsschutz für die wie für alle neu anerkannten Arbeiten wird ab 1. August 1932 von der Zweiganstalt der Tiefbauberufsgenossenschaft übernommen. Die auf Grund des früheren Versicherungsverhältnisses fälligen Leistungen sind von den früheren Versicherungsträgern weiter aufzubringen.

3. Die der Zweiganstalt der Tiefbauberufsgenossenschaft zustehende Vergütung ist vom Arbeitsamt als Abschlagszahlung zu Lasten des Trägers unter Anrechnung auf die für die Maßnahme zu gewährenden Förderungsbeträge zu leisten (vgl. hierzu V. Ziff. 3 des Rundschreibens vom 11. August 1932 — III^a (PK) 8400/226 — über Durchführungsbestimmungen für den freiwilligen Arbeitsdienst, Verfahrensvorschriften). Die Beiträge sind in einer Summe für alle bei einem Arbeitsamt geförderten Maßnahmen am Anfang jeden Monats für den vorhergehenden Monat an die Zweiganstalt der Tiefbauberufsgenossenschaft abzuführen.

4. Soweit neue Anerkennungen ausgesprochen werden, erfolgt die Unterrichtung des Unfallversicherungsträgers am zweckmäßigsten durch Uebersendung einer Abschrift der Anerkennung (vgl. I Ziff. 2 des Rundschreibens vom 11. August 1932 — III^a (RK) 8400/226 —). Für die Maßnahmen, die vor dem 1. August 1932 anerkannt und über diesen Zeitpunkt hinaus gefördert werden, erfolgt die Unterrichtung der Zweiganstalt der Tiefbauberufsgenossenschaft entweder listenmäßig, sofern bei ihnen derartige Listen aufgestellt werden, oder auf Grund von Angaben nach anliegendem Vorblatt.

Um einen glatten Uebergang der Unfallversicherung auf die Zweiganstalt der Tiefbauberufsgenossenschaft zu sichern, soweit er nach den neuen Vorschriften eintritt, bitte ich, beschleunigt die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen und mir kurz hiervon Kenntnis zu geben.

Dr. S y r u p.

Persönliches

Präsident Dr. Hans Meyer.

Der erste Direktor der Preussischen Landespfandbriefanstalt, Dr. Hans Meyer, wurde gelegentlich des 10jährigen Bestehens der Anstalt zum Präsidenten ernannt. Dr. Meyer war ursprünglich bei der Westfälischen Heimstätte tätig, später war er Geschäftsführer der Mitteldeutschen

Heimstätte, 1923 wurde Dr. Meyer mit der Leitung der Deutschen Wohnstättenbank, jetzt Deutschen Bau- und Bodenbank, und 1924 mit der Leitung der Preussischen Landespfandbriefanstalt beauftragt. Die Ernennung bedeutet eine berechtigte Anerkennung der großen Erfolge, zu denen Präsident Dr. Meyer die Anstalt während seiner Amtstätigkeit geführt hat.

Aus dem Reichsverbande der Wohnungsfürsorgegesellschaften

Schlesische Heimstätte, Provinzielle Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H., Breslau.

Die Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt wirkten sich auch bei der Schlesischen Heimstätte in verstärkter Anforderung von Zwischenkrediten aus, denen sie in vollem Umfange bei den Betreuungsbauten hat nachkommen können. Die Heimstätte hatte ihre Betreuungstätigkeit in 1931 von vornherein nach den ersten Anzeichen für die zunehmende Verknappung am Kapitalmarkt stark eingeschränkt, so daß sie später von den insgesamt zur finanziellen Betreuung übernommenen 938 Wohnungen und 112 ländlichen Siedlungsstellen nur den geringsten Teil von 43 Wohnungen und 41 ländlichen Stellen auf das nächste Jahr zurückstellen brauchte. Insgesamt wurden von der Schlesischen Heimstätte im Berichtsjahre 2199 (im Vorjahr 2566) Wohnungen betreut, wovon 1150 (352) aus dem Vorjahr übernommen und 1049 (2213) neu begonnen sind. Von den neu begonnenen Wohnungen entfallen 895 (1913) auf Hauszinsfernerwohnungen und Reichshilfswohnungen und 154 (300) auf Landarbeiterwohnungen. Fertiggestellt im Berichtsjahr sind 1703 Betreuungswohnungen, in das neue Jahr übernommen wurden 496. Von den betreuten Wohnungen haben 1166 = 57,6% eine Größe von 2 Zimmern, 347 = 17,1% eine Größe von 1 Zimmer, 189 = 9,3% von 1½ Zimmern, 140 = 6,9% von 2½ Zimmern, 108 = 5,3% von 4 Zimmern, 75 = 3,7% von 3 Zimmern.

Mit Anfang des Berichtsjahres hat auch die Schlesische Heimstätte den Geschäftsweig der ländlichen Siedlung aufgenommen. Es wurden zunächst 8 Objekte angekauft, von den 6 in Befriedung genommen wurden. Darauf gelangten 68 Stellen in Größen von 2—20 Morgen und 1 Stelle zu 40 Morgen zur Auslegung.

Die Bilanzsumme stellt sich Ende 1931 auf RM 6,2 Millionen gegenüber RM 6,1 Millionen in 1930. Von dem Vermögen entfallen RM 10 000,— (RM 10 700,—) auf noch nicht eingezahltes Stammkapital, RM 121 500,— (RM 236 100,—) auf Grundstücke und Gebäude, RM 636 900,— (RM 443 300,—) auf Beteiligungen,

RM 232 400,— (RM 75 400,—) auf Forderungshypothesen, RM 4 293 400,— (RM 4 241 900,—) auf Außenstände, RM 20 900,— auf Wertpapiere. Zurückerworrene eigene Geschäftsanteile erscheinen mit RM 150,— und Wechsel mit RM 100,— (RM 145,—).

Kassenbestand, Bank- und Postgeldguthaben befißern sich auf RM 872 000,— (RM 1 109 900,—). Das Inventar steht wie im Vorjahr zum Erinnerungswert von RM 1,— zu Buch. Auf der Passivseite erscheint das Stammkapital um RM 820 000,— erhöht mit RM 3 201 600,— (RM 2 381 600,—). Reserven und Rückstellungen betragen RM 353 200,— (RM 238 600,—). Ferner sind ausgewiesen: Kredit des Preussischen Staates mit RM 1 038 500,— (RM 1 479 200), Regierungskredit für Landarbeiterwohnungen mit RM 230 600,— (RM 601 400,—), Schulden aus der Betreuungstätigkeit mit RM 585 300,— (RM 909 600,—), sonstige Kreditoren mit RM 286 000,— (RM 66 300), noch zu leistende Einzahlungen auf übernommene Beteiligungen mit RM 297 000,— (RM 176 900,—), Schuldhypothesen mit RM 39 200,— unverändert. Vor dem Strich sind auf beiden Seiten der Bilanz als Eventualverbindlichkeiten bzw. Rückgriffsforderungen RM 946 400,— (RM 873 300) verzeichnet.

Mit Reingewinn sind RM 166 600,— ausgewiesen, nachdem RM 38 300,— zu Abschreibungen auf Grundstücke und Inventar verwendet worden sind. Gegenüber dem Vorjahr ist das ausgewiesene Ergebnis zwar um RM 61 400,— zurückgegangen, es ist jedoch zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil des tatsächlichen Uberschusses vorweg zu vorzorglichen Rückstellungen benutzt worden ist. Die Geschäftsunkosten erforderten RM 465 200,— gegenüber RM 477 000,— im Vorjahr. Dagegen erbrachten Gebühren und Provisionen RM 459 800,— (RM 480 000,—), Zinsen und Beteiligungserträge RM 208 100,— (RM 308 400,—). Aus sonstigen Erträgen wurden RM 2 200,— (RM 10 600,—) vereinnahmt. Der Reingewinn soll in voller Höhe zur Stärkung der Reserven Verwendung finden.

Niederjächische Heimstätte G. m. b. H., Hannover.

Wie alle anderen Wohnungsfürsorgegesellschaften mußte auch die Niederjächische Heimstätte auf die Durchführung eines großen Teiles der im ersten Halbjahr weitestgehend verbreiteten Hauszinssteuer-Bauvorhaben verzichten, da nach der in der Mitte des Berichtsjahres eingetretenen Geldkrise eine ausreichende Finanzierung nicht mehr sicherzustellen war. Während im Vorjahr noch 1572 mit Hauszinssteuerhypotheken geförderte Wohnungen in Betreuung genommen werden konnten, waren es in 1931 nur noch 408, wobei Größe und Ausstattung der Wohnungen den veränderten Zeitverhältnissen angepaßt sind, d. h. es wurden hauptsächlich Klein- und Kleinstwohnungen mit einfacher Ausstattung erstellt. Mit Ausnahme eines größeren Bauvorhabens in Belsersmünde konnten Stillelegungen von Bauten auf längere Zeit vermieden werden.

Im Vandarbeiterwohnungsbau hat die Niederjächische Heimstätte ihre Tätigkeit noch verstärkt können. Trotz der erschwerten Finanzierung infolge Wegfalls der I. Hypotheken konnte im Berichtsjahr mit dem Bau von 665 Vandarbeiterwohnungen begonnen werden (im Vorjahr 610).

Insgesamt hat die Niederjächische Heimstätte im Berichtsjahr 3020 Wohnungen (im Vorjahr 2282) bearbeitet, von denen aus dem Vorjahr 1647 übernommen und 1373 neu begonnen sind. Von den 3020 Wohnungen wurden in 1931 fertiggestellt 2017, jedoch in das laufende Jahr 1003 Wohnungen als im Bau noch nicht vollendet oder noch nicht abgerechnet hinüberhängen. Auf die Betreuungswohnungen entfallen 1525 Hauszinssteuerwohnungen, 1155 Vandarbeiterwohnungen, 30 Umfiedlungswohnungen und 310 nur technisch betreute ländl. Siedlungsstellen.

Die Bilanzsumme beträgt RM 11 910 900,— gegenüber RM 11 599 800,— im Vorjahr. Das

Vermögen zeigt folgende Verwendung: Noch nicht eingezahltes Stammkapital RM 16 100,— (im Vorjahr RM 20 300,—), Kasse, Postkassen, Bank RM 535 900,— (RM 1 121 800,—), Wechsel RM 78 900,—. Die Baufstoffe sind bewertet mit RM 8600,— (RM 23 100,—), die Forderungen erscheinen mit RM 9 957 900,— (8 900 000,—), die Beteiligungen mit RM 298 000,— (294 700,—), zurückgeworbene eigene Geschäftsanteile mit RM 2500,— (RM 2500,—), Grundstücke mit RM 334 900,— (RM 391 100,—), Aktiv-Hypotheken mit RM 579 600,— (RM 457 100,—), das Inventar mit RM 35 000,— (RM 45 000,—). Die Passivseite weist ein gegenüber dem Vorjahr unverändertes Stammkapital von RM 2 427 300 aus. Die Vorschüsse auf künftige Beteiligungen betragen RM 1 345 400,— (RM 1 339 700,—); die Hauptrücklage erscheint mit RM 90 000,— (RM 60 000,—), die Ruhegehaltsrücklage, im Berichtsjahr neu gebildet, mit RM 16 800,—, die Darlehen aus Schulden mit RM 7 915 400,— (RM 7 641 100,—), die Passiv-Hypotheken mit RM 71 900,— (RM 74 800,—). Die Eventualverpflichtungen bzw. Rückgriffsforderungen aus Wechsel giro und Bürgschaften sind auf beiden Seiten der Bilanz mit RM 466 600,— (RM 608 000,—) vor dem Strich vermerkt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Reingewinn von RM 11 800,—, nachdem RM 27 500,— auf Gebäude, Grundstücke und Inventar abgeschrieben sind. Im Vorjahr wurde nach Abzehrungen in Höhe von RM 58 300,— ein Reingewinn von RM 34 800,— ausgewiesen. den Geschäftskosten von RM 621 700,— (RM 688 100,—) stehen Einnahmen an Zinsen mit RM 228 200,— (RM 204 200,—) und an Betreuungsgebühren mit RM 428 000,— (RM 562 100,—) gegenüber. Der Reingewinn soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Nachrichten des Bau- und Siedlungswezens

Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1932.

Das Statistische Reichsamt hat in Heft 15 von Wirtschaft und Statistik einen Ueberblick über die Entwicklung der Bautätigkeit in den deutschen Groß- und Mittelstädten veröffentlicht, aus dem wir folgende Angaben hervorheben:

	1. Halbjahr 1932	1. Halbjahr 1931	1. Halbjahr 1930
Wohnungen	Wohnungen	Wohnungen	Wohnungen
Bauerlaubnisse . . .	18 619	36 770	50 471
Baubeginne	14 836	31 127	50 800
Bauvollendungen . .	21 187	54 867	82 021

Die vom Baujahr 1931/32 ab eingetretene Verminderung der für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel der öffentlichen Hand

kommt in folgender Tabelle zum Ausdruck. Mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln wurden errichtet:

im Juli	1931	92 %	jämtl. erstellt. Wohng.
„ Oktober	1931	75 %	„ „ „
„ Dezemb.	1931	68 %	„ „ „
„ März	1932	57 %	„ „ „
„ Juni	1932	48 %	„ „ „

Infolge der Einschränkung der öffentlichen Zuwendungen traten unter den Bauherren die privaten Auftraggeber in den Vordergrund. Sie erstellten in der ersten Jahreshälfte 49 % des Wohnungszuganges gegen nur 37 % im ersten Halbjahr 1931. Mit 45 % folgten die gemeinnützigen Bauvereinigungen (1931:

58%) und mit 6% die öffentlichen Körperschaften (1931: 5%). Von sämtlichen Bauherren wurden in der Hauptsache Kleiwohnungen erstellt.

Der Anteil der Kleinwohnungen an den fertiggestellten Wohnungen, der in den letzten Jahren ständig zugenommen hatte, ist im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Dagegen werden seit der Loslösung der Baufinanzierung von der öffentlichen Hand in steigendem Maße Klein- und Einfamilienhäuser errichtet. Von sämtlichen erstellten Wohngebäuden waren im ersten Halbjahr 1932 rd. 56% Kleinhäuser mit 1—4 Wohnungen (erstes Halbjahr 1931: 39%). Der Anteil der Einfamilienhäuser ist von 22% im ersten Halbjahr 1931 auf 45% im ersten Halbjahr 1932 gestiegen. Die Einfamilienhäuser enthielten 12% aller erstellten Wohnungen.

Der Wohnungsbau in den preußischen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.

Nach Feststellungen des Preussischen Statistischen Landesamts wurden im ersten Halbjahr 1932 in den in Frage kommenden 317 preussischen Gemeinden mit 51,7 v. H. der preussischen Wohnbevölkerung insgesamt für 17 007 Wohnungen Bau-erlaubnis erteilt, 14 127 Wohnungen zu bauen begonnen und 18 325 Wohnungen fertiggestellt. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres bedeutet das für die beiden erlgangenen Bau-phasien einen Rückgang um 46,2 v. H.; die Erstellung von Wohnungen ging um 58,3 v. H. zurück. Die besonders starke Abnahme der fertiggestellten Wohnungen erklärt sich aus der erheblich gesunkenen Bautätigkeit in Berlin.

In den erwähnten preussischen Gemeinden wurden 4325 gegen 10 229 Wohngebäude mit 16 925 gegen 43 940 Wohnungen fertiggestellt. Die Bautätigkeit in Berlin beträgt gegenüber dem ersten Halbjahr 1931 nur noch 19,1 Prozent, also kaum ein Fünftel. Der Anteil Berlins an den fertiggestellten Wohnungen in allen größeren Gemeinden Preussens sank auf 14,4 Prozent. Am wenigsten wurden, was die fertiggestellten Wohnungen anbelangt, die Gemeinden mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern, also die Klein- und Mittelstädte, von dem Rückgang betroffen: er betrug hier 42,1%.

Auch bei den neubegonnenen Wohnungen steht auch in dieser Hinsicht Berlin mit einem Rückgang von 74,1% an der Spitze. Sein Anteil an der Gesamtzahl aller neubegonnenen Wohnungen in den größeren preussischen Gemeinden, der im ersten Halbjahr 1931 noch 30,7%, also fast ein Drittel betrug, ging im ersten Halbjahr 1932 auf 17,4% zurück. In den übrigen Gemeindegrößtenklassen ist infolgedessen der Anteil an der gesamten Wohnungserzeugung der preussischen Gemeinden und Städte nicht unbedeutend gestiegen. Bei den neuerteilten Bau-erlaubnissen, die allgemein um 55,7% abnahmen, steht Berlin ebenfalls mit

einem Rückgang von 86,2% über den anderen Größtenklassen.

Die bereits früher hervorgehobene Tendenz zur Erstellung von Häusern mit weniger Wohnungen, als sie bisher gebaut wurden, tritt also noch deutlicher als bisher in die Erscheinung.

Haupt-Tagung des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen in Hannover.

Der Deutsche Ausschuss für wirtschaftliches Bauen veranstaltet zusammen mit der unter seiner Leitung stehenden Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliches Bauen, die 9 deutsche Spitzenorganisationen und wissenschaftliche Institute sowie die österreichischen Spitzenverbände der Technik umfasst, am 24. und 25. Oktober d. Js. in Hannover seine 12. Tagung für wirtschaftliches Bauen unter dem Haupt-Thema: „Die vorstädtischen und ländliche Siedlung“. Es sprechen: 1. Direktor Regierungsaurat Stegemann, Leipzig, über „Die Ziele und Wege der Bau-erforschung in der Nachkriegszeit“, 2. Oberregierungsrat Dr. Ing. e. h. Dr. jur. Kämpfer, Berlin, über „Die Siedlung im Spiegel der Volkswirtschaft“, 3. Kreis-aurat Wagner, Sorau N.-L., über „Die Möglichkeit und die Bedeutung der Selbsthilfe beim heutigen Siedlungsbau“, 4. Stadtbaurat Dr. Ing. Wolf, Leipzig, über „Die Stadtrand-siedlung in Gele und Prag“, 5. Ministerialrat Professor Dr. Schmidt, Berlin, über „Die Grundrisse und Aufrisse der vorstädtischen Kleinsiedlung“, 6. Direktor Reg.-Bau-meister Dr. Ing. Wrede, Dresden, über „Die Grundrisse und Aufrisse der ländlichen Siedlung“, 7. Reg.-Bau-meister Schlemm, Königsberg, über „Innenausbau bei Kleinst-Siedlungsbauten“, 8. Reg.-Bau-meister a. D. Kammler, Berlin, über „Herde und Defen in der Kleinsiedlung“, 9. Architekt Hofherr, Berlin, über „Ziegelbauweisen in der vorstädtischen und ländlichen Siedlung“, 10. Dipl.-Ing. Seidel, Leipzig, über „Holzbauweisen in der vorstädtischen und ländlichen Siedlung“, 11. Dipl.-Ing. Weiß, Berlin, über „Zementbauweisen in der vorstädtischen und ländlichen Siedlung“, 12. Dipl.-Ing. Hünnebeck, Düsseldorf, über „Die statische und konstruktive Behandlung der Decktragwerke“.

Verbunden werden soll mit der Tagung eine Besichtigung des alten und neuen Hannover sowie eine Studienfahrt nach Hildesheim.

Es ist erfreulich, daß es dem Ausschuss, dem irgendwelche öffentliche Unterstüßungen nicht zur Verfügung stehen, möglich ist, auch in diesem Jahre wieder seine umfassenden Forschungsarbeiten der

Allgemeinheit in Form einer Tagung zu übermitteln.

Nähere Mitteilungen sind durch die Geschäftsstelle des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen, Leipzig C 1, Tröndlinring 9 (Tel.: 25328) zu erhalten.

Kommunale Vereinigung für Wohnungswesen.

Die diesjährige 14. Hauptversammlung der Vereinigung fand am 11. September d. J. im Rathaus in Kassel statt, und zwar mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse in der Form einer Arbeits-sitzung und in zeitlichem Zusammenhang mit einer Arbeits-sitzung der „Vereinigung der Bauverwaltungen deutscher Städte.“ Hauptverhandlungsgegenstand bildete die vorstädtische Kleinsiedlung. Zu diesem Thema sprachen u. a. Oberbürgermeister Dr. Stadler-Kassel, Stadtbaurat Dr. Ing. Wolff-Leipzig und Stadtoberbaurat J. Sobisch. Weitere Vorträge behandelten die Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege unter besonderer Berücksichtigung der Instandhaltung der Altwohnungen im Organismus der Gemeindeverwaltung (Stadtrat Dr. Hiller-Halle), die Sanierung der Kasseler Altstadt (Vortrag mit Lichtbildern von Direktor Brehme-Kassel) und die Rechtsprechung bei der Rückforderung von Ab-lösungsbeträgen (Direktor Wild, Zentralwohnungsamt Berlin). Auf einer Sonder-sitzung der kommunalen Baugesellschaften am Samstag, dem 10. September, wurde die Rentabilität der Wohnungsneubauten (Regierungsbaumeister a. D. Faller, Kleinwohnungsbau Halle A. G.) und die Behandlung von Mietausfällen und Mietrückständen (Verwaltungsdirektor Kanner, Wohnungsbau Chemnitz G. m. b. H.) erörtert.

Vom 68. Deutschen Genossenschaftstag.

Bei den Verhandlungen der Baugenossenschaften, die am 22. 8. 1932 im Rahmen des 68. Deutschen Genossenschaftstages in Dortmund stattfanden, sprach Oberregierungsrat a. D. Dr. Weber über das Thema:

„Wandlung des Baugenossenschaftswesens unter dem Einfluß der neueren Gesetzgebung“.

Nach einem historischen Rückblick auf die Entwicklung der Genossenschaften wandte sich der Vortragende den Nachkriegsereignissen im Genossenschaftswesen zu. Die staatliche Förderung des Wohnungsbaus habe alle Interessenten auf den Plan gerufen, die hofften, aus dem Geldsegen profitieren zu können.

Der Gedanke der Selbsthilfe sei selbst bei vielen Genossenschaften unter dem Einfluß der einschlägigen Gesetzgebung allmählich dem Verlangen nach Staatshilfe gewichen. Diese hat aber dazu geführt, daß der Staat sich immer mehr Eingriffs- und Ueberwachungs-möglich-

keiten geschaffen habe, die die Selbstständigkeit der Baugenossenschaften beeinträchtigen. Außerdem sei der Grundsatz der Gemeinnützigkeit durch rein spekulative Gründungen von Wohnungsunternehmen, die mit den den Baugenossenschaften zugrunde liegenden Ideen nichts mehr zu tun hätten, stark verwässert worden.

So sei das äußere starke Aufblühen des Baugenossenschaftswesens in der Nachkriegszeit auch mit Nachteilen verbunden gewesen, die zu einem Wandel im Baugenossenschaftswesen geführt haben. Die guten alten Baugenossenschaften und auch ein großer Teil der neuen, gut geleiteten Baugenossenschaften hätten sich unter Führung der Revisionsverbände gegen diese Entwicklung gewehrt. In der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 30. 12. 1931 sind strenge Voraussetzungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit eines Wohnungsunternehmens festgelegt worden, die eine geschäftliche Auswertung der Gemeinnützigkeit für die Zukunft unmöglich machten. Die Hauptsache sei aber, daß auch die genossenschaftlichen Gedanken: Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung wieder zur vollen Auswirkung kämen.

Im Anschluß an diesen Vortrag führte Direktor E. Wildermuth (Deutsche Bau- und Bodenbank) zu der Frage:

„Baugeld und Zwischenkredit“

u. a. aus:

Die schwierige Lage bei der Finanzierung des Wohnungsbaues sei durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 noch verstärkt worden, da langfristige Geldmittel zu den dort normierten Sätzen so gut wie nicht zu bekommen seien. Abgesehen von der Förderung der vorstädtischen Kleinsiedlung stünden öffentliche Mittel nicht mehr zur Verfügung. Für die Finanzierung des Wohnungsbaues kämen daher heute in erster Linie nur mehr die privaten Versicherungsunternehmen sowie Träger der Sozialversicherung, in zweiter Linie die Sparkassen in Frage. Solange aber der allgemeine Kapitalmarkt verlange und die notwendigen Mittel durch Wechseldiskontierungen bei der Reichsbank beschafft werden müßten, wird das Ausmaß der Arbeitsbeschaffung immer begrenzt sein.

26. Deutscher Mietertag in Würzburg.

Der Mietertag faßte folgende Entschlüsse:

1. Der durch Inflation und Aufwertungs-gesetze entshuldete Miethausbesitz ist eine geeignete und sichere Kreditunterlage zur Finanzierung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Würden die städtischen Hausbesitzer in derselben Höhe zur Hauszinssteuer herangezogen, wie die Mieter in der Miete zahlen, so erhöhte sich das Auskommen in Deutschland um zirka 1000 Millio-

nen Reichsmark jährlich. Die Verwendung dieser Summe als Tilgungsquote für zinslose Baukredite kann unter keinen Umständen inflatorische Wirkungen erzeugen.

Es muß unbedingt verhindert werden, daß die den Hypothekengläubigern und Sparern entzündungslos enteigneten 70 Milliarden Goldmark nicht aufgewerteter Hypothekensforderungen nach Besserung der Wirtschaft dem in- und ausländischen Hausbesitz zufallen.

Die Durchführung dieser Forderung würde in erheblichem Umfange die Wirtschaft anzukurbeln, sowie die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot zu mildern vermögen.

2. Im Interesse der Arbeitsbeschaffung muß der Hausbesitz zur vollen Verwendung des in der Miete enthaltenen Instandsetzungsanteils unter Einschaltung der Nachweispflicht durch gesetzliche Maßnahmen zur Ausführung der Haus- und Wohnungsreparaturen verpflichtet werden.

Die in der Miete enthaltenen Instandsetzungsanteile betragen im Reichsgebiete mindestens 1 Milliarde Reichsmark jährlich. Bei voller Verwendung dieser Summe könnten mindestens 450 000 Bauarbeiter das ganze Reich hindurch, jahrein, jahraus, beschäftigt werden, wodurch eine wesentliche Minderung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe erzielt würde.

Im Anschluß an diese Rundgebung richtete der Bund Deutscher Mietervereine e. V. (Dresden, Markstraße 29, 1) an den Deutschen Reichstag eine Eingabe, in der die Neuordnung der Wohnungswirtschaft, des Miet- und des Bodenrechts mit bestimmten Vorschlägen gefordert werden.

Reichsbund des Deutschen Baugewerbes e. V.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe e. V. und der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe e. V. haben sich im Reichsbund des Deutschen Baugewerbes e. V. vereinigt. Die von den beiden bisherigen Verbänden bearbeiteten Aufgabentreise werden von dem neuen Verbande in einer sozialpolitischen und einer wirtschaftspolitischen Abteilung weiter bearbeitet. Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich im eigenen Verbandshause in Berlin W 10, Markgrafenstr. 7.

Vorläufig keine Wohnungskreditanstalt.

Die durch Notverordnung vom 4. Mai 1932 gegründete Preussische Wohnungskredit-Anstalt wird dem Vernehmen nach vorläufig noch nicht ins Leben treten. Die kommissarische preussische Staatsregierung hat die Aufnahme des Geschäftsbetriebes der Anstalt vorläufig zurückgestellt.

Günstige Finanzlage von Siedlungsgemeinden.

Die Bauwelt, Heft 35, bringt eine bemerkenswerte Nachricht über die günstige Einwirkung der Siedlung auf den Haushalt der Landgemeinden.

Es heißt dort u. a.: Einige Gemeinden rings um Berlin erfreuen sich einer schuldenfreien Kasse. Diese Abwanderung in die naheliegenden Landgemeinden ist eine Folge der wenig siedlungs-freundlichen, einengenden Bestimmungen, die in den letzten Jahren manchen Eigenhausbau in den Berliner Stadtgrenzen verhindert haben. Die Einwohnerzahl der Gemeinde Schulzendorf z. B. hat in 4 Jahren um 300 v. H. zugenommen. 700 Wohngebäude sind neu entstanden; eine ähnliche Entwicklung verzeichnet die Gemeinde Rangsdorf. Hier wurde im Jahre 1931 ein Ueberstich von 20 000 RM erreicht. Die vielfältige Arbeit, die bei der Grundstückseinrichtung und dem Hausbau geschäftigt wird, wirkt sich auch in der Steuerkraft der Einwohner aus, zudem wächst der Grundsteuerwert früher landwirtschaftlich bearbeiteter Flächen durch die Umwandlung in Bauland.

Weitere Schrumpfung des Pfandbriefumlaufs.

Der Umlauf an Inlands-Goldpfandbriefen hat sich im Juli um 34 Mill. RM, also um den gleichen Betrag wie im Juni verringert. Der Zugang an Goldpfandbriefen war etwas größer als im Vormonat. Er betrug 22,7 (18) Mill. RM und entfiel mit 14,1 (11,7) Mill. RM auf Hypothekendanken, und mit 7,7 (5,5) Mill. RM auf öffentlich-rechtliche Kreditanstalten. Der Abgang durch Rücklauf, Tilgung usw. war mit 56,8 Mill. RM um etwa 5 Mill. RM größer als im Juni; er entfiel mit 13,8 (9) Mill. RM auf die Rentenbank-Kreditanstalt, mit 27,9 (26,3) Mill. RM auf die Hypothekendanken und mit 14,2 (14,4) Mill. RM auf die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten.

Die deutsche Auslandsverschuldung.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in *Wirtschaft und Statistik* 16 (J. 490) eine längere Untersuchung über die deutsche Auslandsverschuldung per 29. Februar 1932. Wir entnehmen dem Artikel folgende Ziffern:

Deutsche Schuldner	Verschuldung i. mm. von.
Reich	3 125
Länder, Gemeinden usw.	1 215
Reichsbank und Golddiskontbank	904
Sonstige deutsche Banken u. Geldinstitute	5 802
Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft	8 785
Sonstige deutsche Schuldner	792
Insgesamt	20 623

Von der Gesamtsumme sind 49 % kurzfristige (bis einschl. Februar 1933 fällige) und 51 % langfristige Verpflichtungen. Zählt man zu der Gesamtsumme, die auf Grund der Unterlagen der Anmeldestelle für Auslandschulden festgestellt

worden ist, noch die statistisch nicht genau feststellbaren Auslandsschulden sowie den ausländischen Besitz in Deutschland (Grundbesitz, Effektenbesitz usw.) hinzu, so ergibt sich eine Gesamt auslandsschuld von 25,6 bis 26,6 Milliarden RM.

Kreditarten	Beträge i. Mill. RM.
Rembourse	2778
Barvorküsse	1228
Buchschulden aus Warenlieferungen	982
Fällige Anleihen und Hypotheken	538
Sonstige kurzfristige Verpflichtungen	4627
Anleihen	7924
Hypotheken	533
Langfristige Darlehen jeder Art	1580
Sonstige langfristige Schulden	433
Insgesamt	20623

Die jährlichen Zins- und Tilgungsverpflichtungen zeigt die folgende Zusammenstellung:

Schuldner:	Zinsen	Tilgung	Ges. Zahlungsverpflicht.
	in Millionen Reichsmark		
Reich	181	44	225
Länder, Gemeinden usw.	71	30	101
Banken usw.	368	25	393
Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft	560	104	664
Sonstige deutsche Schuldner	45	10	55
Insgesamt	1225	213	1438

Ein neues Urteil über die Zahlungspflicht der Bauparar.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hatte vor einiger Zeit ein Urteil gefällt, nach dem es einem Bauparar angeht, die verzögerten Prüfung durch das Reichsaufsichtsamt nicht zugemutet werden könne, die vertraglichen Beiträge weiter zu zahlen. Dieses Urteil ist durch das Landgericht I aufgehoben worden. Die zweite Instanz stellte sich auf den Standpunkt, der Bauparar habe seine Vertragspflichten auf jeden Fall zu erfüllen. Der Baupararvertrag könne nicht angefochten werden, solange nicht die Gewissheit bestehe, daß die Kasse ihre Leistungen nicht erfüllen könne.

Neue Entscheidungen für Baupararlassen.

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat in der Senatsitzung vom 17. 8. bei den Baupararlassen

Rheinland Aktiengesellschaft, Baupararlasse in Köln,

Bau- und Kreditgenossenschaft e. G. m. b. H., Janow (Pomm.),

die Schließung des Geschäftsbetriebes und den Erlass eines Zahlungsverbots, und bei

Säntis, Erste Deutsch-Schweizerische Bau- und Hypotheken-Spar- G. m. b. H. in Wiesbaden, die vereinfachte Abwicklung angeordnet.

In der Sitzung vom 7. September 1932 sind folgende Entscheidungen getroffen worden:

1. Deutsche Eigenheimgesellschaft e. G. m. b. H., Frankfurt a. M.
Zahlungsverbot bis 10. 11. 32 verlängert.
2. Mitteldeutsche Baupararlasse Aktien-Gesellschaft, Hannover,
Erlass eines Zahlungsverbots.
3. „Freies Heim“ Bauparar - Aktiengesellschaft, Köln,
Vereinfachte Abwicklung.
4. Volksbau-Aktiengesellschaft, Berlin,
Unterjagung des Geschäftsbetriebes und Antrag auf Konkursöffnung.
5. Thuringia Aktiengesellschaft, Eisenach,
Liquidation durch einen noch zu bestimmenden Liquidator.
6. „Mein Vaterland“ e. G. m. b. H., Gladbach-Rheidt,
Unterjagung des Geschäftsbetriebes und vereinfachte Abwicklung durch einen noch zu bestimmenden Liquidator.

Die Leipziger Baumeße.

Bei der geringen Bautätigkeit war die Leipziger Baumeße still. Man konnte aber dennoch feststellen, daß für Spezialitäten des Baumarkts Interesse war. Die aufsteigende Konjunktur des Siedlungs- und kleinen Eigenhauses stand im Vordergrund. Auch die von der Leitung der Baumeße errichtete Versuchssiedlung fand lebhaftes Interesse. Bezeichnend ist z. B. die Tatsache, daß die alte Pianofortefirma Blüthner, Leipzig, sich dem Holzfeldungsbaue besonders gewidmet hat, und als Ausstellerin stark in Erscheinung trat. Im Zusammenhang mit der Baumeße fand eine Vortragsreihe statt, in der über die Siedlung und Baupararlassenbewegung, sowie über einige Spezialfragen des Bauwesens gesprochen wurde. Die Vorträge wiesen einen erfreulichen Besuch auf.

Sortenvereinfachung in der deutschen Tafelglasindustrie.

Auf dem deutschen Fensterglasmarkt hat man bisher 4 Sorten für Bauzwecke unterschieden, die nach Qualität abgestuft waren. Eine Vereinfachung des bisherigen Normenblattes Din 1249 war notwendig. Sie ist jetzt vom Deutschen Normenausschuß nach vorangehender eingehender Prüfung durchgeführt. Die wichtigste Veränderung ist, daß in Zukunft zwischen Bauglas und Glas für Sonderzwecke scharf unterschieden und nur das Bauglas genormt wird. Auskunst erteilt der Verein Deutscher Tafelglashütten G. m. b. H., Frankfurt/Main.

Die Holzmärkte.

Die Holzmärkte erhalten gegenwärtig eine gewisse Stütze durch die Nachfrage nach Holz für Siedlungsbauten und Kleingärten; so sind in Preußen im Rahmen der vorstädtischen Kleinsiedlung bereits rd. 11.000 Siedlerstellen im Bau begriffen. Weitere derartige Bauten sind geplant. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für diese Bauten in stärkerem Maße Holz verwendet wird als beim Wohnungsbau der früheren Jahre. Darüber hinaus wird aber gegenwärtig so wenig gebaut, daß die Saisonbelegung auf den Holzmärkten in diesem Jahr nur sehr schwach in Erscheinung trat.

Infolge der starken Beschränkung des Angebots trat trotz der geringen Saisonbelegung an den Holzmärkten eine gewisse Entspannung ein, die auf Teilgebieten zu einer Befestigung der Preise

führte. Die Tatsache, daß bei der an sich geringen Nachfragesteigerung die Preise sich bereits befestigten, bestätigt die Annahme, daß das Angebot zurzeit in einer ganzen Anzahl von Sortimenten verhältnismäßig knapp ist.

Normung der Schamottesteine für Ofen und Herde.

Die Normung der Schamottesteine für den Innenausbau der Ofen und Herde ist nunmehr durchgeführt. Die Normblattentwürfe

- Din E 1299 Güte- und Prüfvorschriften,
- Din E 1300 Bl. 1 Kofsteine,
- Din E 1300 Bl. 2 Ausbausteine, Unterlegplatten, Futtersteine,

können vom Deutschen Normenausschuß, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 40, erfordert werden.

Senkung der Baukosten!

Mit der steigenden Baukonjunktur in den Jahren 1924/30 stiegen die Baukosten. Die Jahresdurchschnittszahlen des Reichsbaukostenindex für jene Zeiten sind:

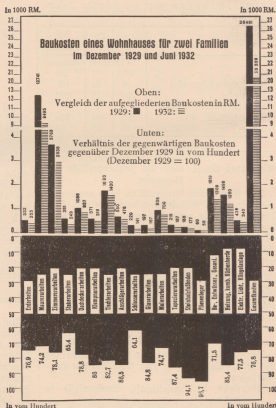
1924	137,4
1925	168,5
1926	161,1
1927	172,5
1928	172,7
1929	176,9

Die hohen Baukosten, die als unangenehme Begleiterscheinung der starken öffentlichen Förderung des Wohnungsbaus anzuerkennen sind, waren die Mitursache für die die Bauwirtschaft erdrückende Unrentabilität des Wohnungsbaus. Sie führten zu einem unerträglichen Mißverhältnis zwischen Volkseinkommen und Wohnungsmiete. Mit dem Rückgang der Bau-tätigkeit sanken die Baukosten. Die Bewegung der Reichsindexzahlen deutet auf eine weitere Senkung.

Monat	1930	1931	1932
Januar	178,0	153,0	128,8
Februar	176,4	152,3	128,8
März	176,0	149,8	127,2
April	175,6	144,1	127,7
Mai	175,1	142,5	123,5
Juni	172,7	142,9	121,5
Juli	167,0	142,9	121,0
August	162,2	143,0	120,6
September	159,8	143,0	
Oktober	158,5	143,0	
November	154,9	142,6	
Dezember	154,5	140,5	

Im nebenstehenden Schaubild sind die Baukosten aufgeschlüsselt. Ein Vergleich zeigt, wie unterschiedlich der Rückgang der einzelnen Kostenanteile ist. Der bedeutendste Einfluß auf die Minderung der Gesamtkosten geht von den Mauerarbeiten aus. Das Beispiel läßt erkennen, daß noch bei vielen Arbeiten im Vergleich zu anderen, eine weitere Senkung der Kosten zum Gunsten der Gesamtbauwirtschaft möglich ist.

Sowohl dieses aus der Praxis herausgegriffene Beispiel insgesamt als eine Senkung in Höhe der Reichsindex-



zahlen nicht erreicht, ist auf die Wahl des behandelten Baubodens, daß nur den Berliner Verhältnissen entspricht und die Entwicklung in Orten des Reiches unberücksichtigt läßt, zurückzuführen.